

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

59. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einchl. Postbestellgebühr. Zur Postbezugs-Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 3. November 1921

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf. die fünfgepaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 128

Nach rechts und nach links

II.

Wer nach rechts und nach links etwas zu sagen hat, kann auch nach der Mitte zu nicht schweigen. Es würde das nicht objektiv sein, weil auf keiner Seite heutzutage alles richtig im Votum ist, und weil die Politik der Neutralität überall zu wünschen übrig läßt. Die Buchdrucker werden bei diesem Kapitel in den Hintergrund treten, da sie im ersten Artikel, bei den nach rechts gerichteten Betrachtungen, schon stark in Verbindung gebracht werden mußten zu den unsern Prinzipals- und den Unternehmerstrategen im allgemeinen gehaltenen Vorlesungen.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der nun durch seine Düsseldorf-Tagung noch fester an unsre Gewerkschaften geschmiedete Allgemeine freie Angelegenheitsbund mit ihren 64 Organisationen und den nahezu neun Millionen Mitgliedern bilden zusammen ein imponantes Kartell von Arbeitern und Anarbeitern. Könnte der Deutsche Beamtenbund sich zur Anerkennung der freigewerkschaftlichen Grundzüge aufschwingen, dann würde die von Karl Legien mit Eifer geförderte Dreifälternmacht zur Tatsache werden; so wäre die Einheitsfront aller Hand- und Kopfarbeiter gegeben. Was an gewerkschaftlichen, sozialen und wirtschaftspolitischen Fragen und Aufgaben zu lösen und zu erfüllen ist, stellt einen ungeheuer großen Arbeitskreis dar. Wenn wir demnach die Entwicklung der Deutschen Gewerkschaften im Jahre 1920 behandeln werden, wird sich ein befriedigendes Bild ergeben, obwohl die Mitgliederzahlen nicht weiter so emporschwellen konnten, wie es 1919 der Fall gewesen ist. Organisatorisch haben sich die freien Gewerkschaften allen Konkurrenzen von rechts und links gegenüber sehr gut behauptet, auch die von links angeführte innere Unterwürfung ist zu einer Entfaltung der anführenden Elemente in Deutschland und in Moskau geworden; sie könnte allerdings größer sein. In der äußeren Auswirkung der großen deutschen Gewerkschaftsmacht bleibt jedoch noch manche Erwartung unbefriedigt. Was in den Tagen des Kapp-Putsch gut begonnen wurde, ist eigentlich stecken geblieben. Wir meinen hierfür nicht der Leistung des ADGB, die Schuld bei. Die Rivalität unter den politischen Arbeiterparteien verhindert viel. Die Weltanschauung der beiden großen gewerkschaftlichen Hauptgruppen (Christliche und Sozialdemokratische) ist in manchem auch ein starkes Hemmnis. Die legitimen und die wilden Kommunisten — von jeder Art in verschiedenen Ausgängen — betreiben die reinste Tölpelpolitik. Es ist also schwer, den richtigen Kurs einzuballen.

Die innere Ausreifung der Gewerkschaftsorganisation ist in erster Linie Sache der einzelnen Organisationen, die aber vor lauter Lohnbewegungen die Pflege der gewerkschaftlichen Erziehung nicht mit dem gewünschten Nachdruck betreiben können. Was da nun vom ADGB geleistet wird; verdient Anerkennung. Sein Schriften- und sein Vortragswesen werden gewiß den notwendigen Ausbau noch erhalten. An gewerkschaftlichen Problemen ist ja wahrlich kein Mangel; die von dem Kollegen Karl Zwing (Genä) darüber bei Dieb erschienene Schrift ist sehr anregend. Der moderne Gewerkschaftler kann gar nicht genug lesen, muß seinen Horizont weiten nach möglichst vielen Richtungen. Auch dem Handelsteile der großen Blätter darf er nicht ausweichen, als wäre ihm das ein verbotenes Gebiet. Die Börseorgane in diesen Wochen unheimlicher Spekulationsgewinne mit der Begleiterscheinung niederträchtiger Verleumdungspraktiken auch für älteste und valutarfreieste Artikel werden ihm dann als eine Sache erscheinen, für die auch er und die Seinigen die Haut mit zu Markte fragen müssen. Im Zeichen der großen Konjunktur und des riesenhafteu Marktes, der sich auch im Zeitungs- und im Buchdruckergewerbe hübsch breit macht, dessen Entwicklungsgang unser Kollege Kurt Heintz in seiner im Dieb, „Vorwärts“-Verlag erschienenen Broschüre „Stimmes und seine 600000 Arbeiter“ bis zu einem bestimmten Abschlußpunkte so anschaulich geschildert hat, muß man eben mehr verstehen

von der Macht des Kapitals, als sie einst Karl Marx in seiner theoretischen Meisterschaft entworfen hat. Die Lohnpolitik darf dem Gewerkschaftler unsrer Tage nicht alles, die Kenntnis der Wirtschaftspolitik muß ihm mehr sein. Die Gewerkschaftspresse in ihrer Erscheinungsweise und dem durch die unzähligen Lohnbewegungen geradezu beschlagnahmen Raume vermag diesen Erfordernissen nicht mehr zu genügen. Wir empfinden das selbst schmerzlich und steuern deshalb auf Ausschaltung der vielen Artikel mit nur kleinem Gesichtspunkte zu, denn so wie jetzt kann von gewerkschaftlicher Erziehungsarbeit nicht die Rede sein. Es muß mehr Selbsttauch eintreten, die Führerschaft ist sonst ohnmächtig und verzehrt ihre Kräfte nur in Lohnfragen.

Der ADGB, sollte gegen die Übersteuerung und gegen das Wucherertum mehr unternehmen bzw. sein Streben darauf richten, daß aus seinen vielfachen Schritten gegen die großen und kleinen Schmarotzer am Volkskörper doch auch praktischer und sichtbarer Nutzen entspringt. Es wäre zu untersuchen, ob der Reichsregierung, die zwischen den Parteien und ihren auseinanderstrebenden Interessen pendelt, nicht selbst mehr gebietet wäre mit ultimativen Forderungen. Sind doch die Gewerkschaften noch allein eine geschlossene Macht und die stärkste dazu. Die Zeit, wo von einer gewerkschaftlichen Nebenregierung gesprochen wurde, liegt schon ein gutes Jahr zurück; wir sind seitdem noch mehr zurückgekommen. An dem noch erst ungenügenden Umschwung in Bayern haben die Gewerkschaften gewiß einen erheblichen Anteil. Männer wie der agrarische Ernährungsminister Hermes und der „denkschriftliche“ Wehrminister Bessler mühten schließlich durch den gewerkschaftlichen Druck mit entfernt werden können. Es wären auch für die größeren Notwendigkeiten Methoden zu finden, die unter geringem Kräfteeinlaß doch Erfolg versprechen. Besser ist es doch, hier aus eigenem zur Abhilfe vorzugeben, als durch einen Kommunistenputsch Unheil im Porzellanladen anrichten zu lassen. Das gegen die neue Steuerungsweise im August von einer Ausschubstiftung beschlossene dezentralisierte Vorgehen, indem jeder einzelnen Gewerkschaft überlassen wurde, nach ihren Kräften und Mitteln etwas zu unternehmen, hat wohl nicht ganz seine Richtigkeit. Wir denken dabei nicht etwa an die Erbringung eines Einheitslohns. Aber das bekräftigende Seltenstück fehlte; fehlte insofern, als Vorstellungen bei Hermes Veruche am untauglichen Objekt sind. Der ADGB kann sich nicht auf die gegeneinander konkurrierenden und obstruierenden Arbeiterparteien stützen. Er muß unter Verzicht auf die Diplomatenprache Regierungsstellen gegenüber mehr als Macht auftreten. Die von ihm mit der Afa geführten 9 Millionen sollen auch wirtschaftspolitisch kräftiger in die Waagschale geworfen werden. Das Gewerkschaftsbeere ist als wirtschaftspolitische Faktor zu größerer Bedeutung zu bringen!

Im Reichswirtschaftsrat merkt man schon deutlicher den Einfluß der Gewerkschaften. Dieser befindet sich aber noch immer im Stadium des Vorläufigen. Der Reichstag mit seinem Übergewicht an bürgerlichen Abgeordneten zerschlägt die guten Anläufe wieder. Die Steuer- und die Verkehrspolitik unter Wirth ist von grobem Jutchniff. Die ungeheuren Reparationslasten erschuldigen viel, aber nicht alles. Erzberger als Reichsfinanzminister war auf dem Wege zu einem Eingriff in die Substanz. Seiner Wiederkehr nahm der Revolver der nationalitätlichen Mörderclique die Möglichkeit. Das „Süßholz-Süßholz“ mit seinen Konzernbundesstaaten und dem neuen Finanzadel ist doch eine Verzerrung des Bildes von einer Republik, von einem freien Volksstaate.

Wir wollen damit nur anregen, nicht kritisieren, möchten den ADGB, im deutschen Wirtschaftsleben schneller zu dem werden lassen, was er werden muß und werden kann. Die Arbeitergenossenschaften sind trotz ihrer zahlenmäßigen Bedeutung ein noch zu schwacher Pol in der Erscheinungen flucht schlimmer Volksausbeutung. Die Eigenproduktion soll eine größere Ausdehnung erfahren. Sie müßte sich systematisch auf solche Gebiete erstrecken, daß mit der billigeren Fertigung von Artikeln für die große

Masse bewiesen werden könnte, wie sehr das Händlertum preisverleuernd wirkt. Landwirtschaftliche Produkte, Textilien und Schuhwaren sollten zunächst aufgenommen werden. Der ADGB, hat mit seiner Warenverforgung, die leider noch zu sehr Berliner Vorzug ist, den Genossenschaften geradezu vorgemacht, was geschehen kann. Leider ist es ja zu schwer, auch auf den Bergbau überzugreifen, wenn aber keine Sozialisierung noch zu lange auf sich warten läßt was übrigens die wirtschaftspolitische Schwäche der deutschen Arbeiterklasse ebenfalls dokumentiert —, dann sollte hier doch ein Veruch unternommen werden. Wir sind nicht für zwecklose Experimente, aber an einem von den Arbeitergenossenschaften dem Privatkapital zu gebenden stärkeren Anschauungsunterrichte, daß es dennoch anders geht, muß jedem sehr viel gelegen sein. Die von der Grobhandelsgeellschaft deutscher Konsumvereine jetzt ausgebotenen 5 1/2 prozentigen Selbstschuldverschreibungen zum Zwecke der Stebung der Eigenproduktion (siehe auch den Artikel unter „Genossenschaftliches“ in nächster Nummer) mühten deshalb in Arbeiterkreisen größten Anklang finden. Die in dem Rielser Genossenschaftsunternehmen bestehenden Differenzen, worüber auf einer in Leipzig joeben stattgehabten Tagung der sächsischen Gewerkschaftsortsausschüsse Unerfreuliches zu hören war, als es eine Rundschauamtig in unserer vorigen Nummer erkennbar machte, können uns nur bewegen, die Genossenschaftsleistungen dringend vor kapitalistischen Märenten zu warnen, nicht minder aber auch die Arbeiter in Genossenschaftsbetrieben vor Übergriffen.

Die beiden sozialdemokratischen Parteien stellen wir ebenfalls in die Mitte. Hier von rechts und links zu sprechen, würde nur der Prinzipienreiterei Vorschub leisten, die leider noch zu sehr vorhanden ist und schon mehr oder weniger in Hierarchie ausartet. Der Beschluß von Görlich der SPD, war kein faktisches Meisterstück. In den Gewerkschaften vollzieht sich mehr und mehr eine Annäherung zwischen SPD und ADGB. Das Sena der Metallarbeiter ist ein schönes, sichtbares Zeichen dafür. Görlich trat störend dazwischen, wird aber bald überwunden sein, denn bei der Neubildung des Stabinsells Wirth haben die Deutsche Volkspartei und mit ihr das Säuslein Unglück, die Demokratische Volkspartei, so sehr verfaßt, daß auch den stärksten Träumern von einer „großen Koalition“ die Augen geöffnet sein mühten. Das es ganz ohne Koalition mit bürgerlichen Parteien bei der Regierungsbildung gehen könnte, wird immer unwahrscheinlicher; man mühte denn eine Kahr- oder eine Stegerwald-Regierung als vollstimmlich ansehen. Wie die „Freiheit“ jeht den Rücktritt des Grobindustriellen und Demokraten Rathenau als Wiederaufbauminister bedauert hat, ist doch einfach klassisch gewesen. Die nicht vorteilhaft bekannten Crispian-Verle, wonach für die Unabhängigen nur eine rein sozialistische Regierung in Betracht kommen kann, sind demnach Makulatur geworden. Es kommt doch darauf an, mit wem man eine Koalition eingeht, solange die Arbeiterparteien nicht über eine unbefristete Mehrheit im Parlament verfügen. Selbst in Russland scheint man ja auf dem Wege zu sein, aus der Not des Landes eine Tugend zu machen und eine beschränkte Sozialistenregierung einzuführen. Die dem ersten wie dem zweiten Kabinett Wirth von der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei gewährte Unterstützung ist eigentlich doch schon Koalition! Die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Situation erhält auch der Umstand, daß der in London vom 12. bis 21. Oktober im Vullfrage der zweiten politischen Internationale von der englischen Arbeiterpartei unternommene Veruch, die Möglichkeit einer Einigung mit der Wiener Internationalen Arbeitsgemeinschaft (so genannte Internationale 2 1/2) zu erwägen, gescheitert ist. Von Nr. 2 wurde eröffnet, man werde sich auflösen, wenn Nr. 2 1/2 daselbe tun würde. Dann sollte auf einem späteren gemeinsamen internationalen Kongreß die Wiederherstellung der einheitlichen sozialistischen Internationale erfolgen. Nr. 2 1/2 erhob den Einwand der Meinungsverschiedenheit über die Methoden, auch seien die Moskauer und die Italiener für die Konferenz nicht berück-

sticht worden. Die Schwierigkeiten zur Einigung seien größer, als die englische Arbeiterpartei annehme; gemeinsame Aktionen von Fall zu Fall seien diskutabel. Der französische Führer Longuet (Nr. 2/1) als Teilnehmer hat dann im „Populaire“ das Wort geprägt: „viel zu einfach und viel zu schnell“. Der Engländer Henderson (Nr. 2) aber ironisierte die Sachlage: „Conguet verhandelt mit Henderson von der Labour Party, aber mit dem Sender von der Zweiten Internationale verhandelt er nicht. Das ist nicht die Art, ernste Dinge ernst zu behandeln.“ Das ist also noch der Standpunkt vom April in Amsterdam. Damals wollten die Wiener auch nicht unter der Führung der Gewerkschaftsinternationale, auf die ja beide Parteien eingeschworen sind, mit der Zweiten Internationale verhandeln. Inzwischen ist aber mehrmals einseitlich gehandelt worden: bei den Eraberger-Demonstrationen, bei den Protesten gegen den Kartellens-Putsch in Ungarn usw. Die öffentlichen Wahlen und die zu Gewerkschaftstagen (Metallarbeiter) zeigen die Aktiven der Unabhängigen nicht im Steigen. Sie haben in ihrer Taktik viele Karten wegwerfen, die von den Kommunisten aufgefressen wurden. Wenn wir in unserer Ausschmittsammlung von 1919 blättern, ist das Staunen über das Einst und Jetzt groß, aber auch die Freude, daß man sich wieder auf eine mittlere Linie zurückgefunden hat. Ein und wieder kommen die alten Manuskripte noch einmal zum Vorschein, z. B. im Juli d. J. mit einem Wochensatzartikel „25 Jahre Kartellgemeinschaft der Buchdrucker“. Das tut nicht groß etwas. Im Interesse der Gewerkschaften und der weiteren Volksschichten im allgemeinen liegt es aber, daß sich diese beiden Arbeiterparteien bald ganz in der Mitle zusammenfinden. Was links liegt, ist nicht von Vorteil für die Arbeiterschaft, was noch zu sagen sein wird. Görlich war eine Überraschung, London eine Leistung der Verrücktheit. Wenn die politischen Führer nach altem Rezept fortfahren, die Massen nur als Schachfiguren zu behandeln, dann werden diese gegen die Führerschaft zu einer neuen Methode greifen.

Das Buchgewerbe im Auslande

Internationales Buchdruckersekretariat

Aber die 10. Sitzung des Sekretariatskommission am 21. Oktober ging uns aus dem folgenden Bericht zu: Da von der Printing and Kindred Trades Federation of the United Kingdom (England) in bezug auf ihren Anknüpf an das Internationale Buchdruckersekretariat bis jetzt noch kein definitiver Bescheid eingegangen ist, wird vorläufig die National Society of Printers and Assistants in London aufgenommen. Die Verhandlungen mit der Typing and Kindred Trades Federation und der Typographical Association sollen fortgesetzt werden. Die Kollegenchaft von Österreich hat den VIII. Internationalen Buchdruckerkongress schriftlich erlucht, ihr bei der Liquidation mit Westschlesien beizutreten und ihr Rat zu erteilen in bezug auf ihr Vorgehen, um der Gegenlosigkeit mit der übrigen Kollegenchaft wieder selbstständig zu werden. Diese Angelegenheit wurde der Sekretariatskommission zur Erledigung überwiesen. Diese hat nun beschlossen, diesbezüglich mit der Zentrale in Troppau (Westschlesien) in Verbindung zu treten und zugleich von den vorgenannten Kollegen noch verschiedene Auskünfte zu verlangen. Der Professionelle Buchgewerbeverband Westlands hat an den VIII. Internationalen Buchdruckerkongress das Gesuch um Aufnahme in die Buchdruckerinternationale gerichtet. Dieses Gesuch wurde ebenfalls der Sekretariatskommission zur Erledigung überwiesen, und diese hat nun die Aufnahme dieses Verbandes beschlossen. Das Sekretariat gibt Kenntnis von verschiedenen Lohnbewegungen und Konflikten. Die vom Sekretariat getroffenen Maßnahmen werden gutgeheißen. Die Beitragsfrage wird neuerlich behandelt. Da die Angaben über die Zahl der Vollzahler trotz Aufforderung immer noch nicht alle eingegangen sind, soll den betreffenden Verbänden zur Einreichung dieser Angaben eine letzte Frist von 14 Tagen gewährt werden. Nach Ablauf dieser Frist werden die fehlenden Zahlen vom Sekretariat festgestellt. Verschiedene interne Angelegenheiten werden noch behandelt, deren Erledigung aber auf eine spätere Sitzung verköhnt.

Bei dieser Gelegenheit möchte das Internationale Sekretariat alle Kollegen nochmals besonders darauf aufmerksam machen, daß das Internationale Buchdruckersekretariat sich mit Stellenvermittlung nicht befassen kann noch darf. Die Kollegen werden darum in ihrem eignen Interesse erlucht, Stellensuche nicht an das Sekretariat zu richten.

Österreich. Wie bereits mitgeteilt, haben die österreichischen Buchdrucker erst kürzlich wieder eine Erhöhung der Feuerungszulage im Ausmaße von 850 Kr. = 27 Proz. des Gesamtminimallohnes erhalten. Da, wie erwähnt wurde, inzwischen aber die staatliche Indexziffer um 31 Proz. gestiegen war, haben die Vertragsmänner diesem Abereinkommen nun in der Weise zugestimmt, daß die Organisationsvertreter sofort wieder in erneute Unterhandlungen mit den Unternehmern zu treten haben, um zumindest die restlichen 4 Proz. zu erlangen. Diesem berechtigten Verlangen hat die Kartellleitung der graphischen Arbeiterschaft Rechnung getragen,

und am 6. Oktober wurde ein Zusatzabkommen mit den Prinzipalen in der Form getroffen, daß vom 10. Oktober ab (auszählbar am 15. Oktober) weitere 5 Proz. des früheren Lohnes vom Juli bewilligt wurden. In der höchsten Gehaltsstufe in Wien beträgt nun der Minimallohn 4125 Kr. (Minimum 700 Kr., Feuerungszulage 3425 Kr.). Der Lohn für die Herstellung der Montagfrühblätter erhöht sich jeweils um den fünften Teil der neuen Zulage und beträgt zur Zeit in Wien 900—950 Kr. Die Arbeitszeit darf drei Stunden nicht übersteigen.

Infolge der Erhöhung der Feuerungszulage für die allgemeine Arbeiterschaft gelang es auch den Zeitungsleitern Wiens, die jetzt gleichfalls dem graphischen Kartell angehören, die Erhöhung der Feuerungszulage in gleichen prozentualen Ausmaße zu erzielen. Ferner haben die Vorstände der Verbände der Buchdrucker und Schriftsetzer sowie der Steinbrucker usw. Wiens an die graphische Unternehmerschaft die Aufforderung gerichtet, das Kartellgeld der Lehrlinge gleichfalls zu erhöhen. Festgesetzt wurden für Lehrlinge im ersten Lehrjahre 225 Kr., im zweiten Lehrjahre 325 Kr., im dritten Lehrjahre 450 Kr. und im vierten Lehrjahre 590 Kr.

Tschechoslowakei. Am 9. Oktober fand in Prag eine Konferenz der beiden Kartellparteien im Buchdrucker- und der Tschechoslowakei statt, die sich mit einer neuen Regelung der Feuerungszulagen zu beschäftigen hatte. Die Konferenz verlief ergebnislos. Infolgedessen ließ sich die Arbeiterschaft gezwungen, den Weg brücker bzw. betriebsweiser Verhandlungen zu beschreiten, was in einer Reihe von Städten zu unerfreulichen Erfolgen führte. In Prag wurden in 37 Druckereien erhöhte Feuerungszulagen ausbezahlt.

Vom Internationalen Buchdruckersekretariat wurde uns zu der Lohnbewegung in der Tschechoslowakei noch folgendes mitgeteilt: Die paritätische Preisüberprüfungskommission für das Buchgewerbe in der Slowakei hat eine 20prozentige Feuerung aller Bedarfsartikel festgesetzt. Infolgedessen verlangten die Gehilfen die Einberufung des Landesartikommittes, um über eine neuerliche Erhöhung der Löhne zu verhandeln. Den Prinzipalen gelang es aber, diese Verhandlungen zu sabotieren. Sie forderten ihre Kollegen auf, die Gehilfen auszusperrern, was auch teilweise geschehen ist. Die Gehilfen der betreffenden Druckerei traten deshalb in den Auslands, auch um die Aufnahme der Verhandlungen zu erwirken. Das Gebiet der Slowakei ist daher für alle Bucharbeiter strengstens gesperrt.

Republik Polen. Die Feuerung der Lebenshaltung hat auch in den letzten Monaten unauffällig weitere Fortschritte gemacht. Infolgedessen sind die Löhne gestiegen, deren Höhe seit einem halben Jahre durch ein Preisfeststellungsgesamt alle Monate, zuletzt vierzehntägig, geregelt wurde. Dieses Amt war jedoch seit Ende August in Unfähigkeit verurteilt, da die Arbeitgeber ihre weitere Mitarbeit verweigert hatten. Von dem neuen Minister für das ehemalige preussische Teilgebiet ist das Preisfeststellungsgesamt durch Verordnung auf veränderter Grundlage neu eingesetzt worden. Das Preisfeststellungsgesamt hat seinen Sitz in Posen und gilt für den Bereich der ehemals preussischen Landesteile; in Kongress- und Klempolen regeln die Organisationen ihre Forderungen selbstständig von Fall zu Fall. Während in Warschau z. B. das Minimum für Buchdrucker zur Zeit 12000 Mh. beträgt, sind die Buchdrucker in Posen seit Mitte August bei 7800 Mh. Minimum stehen geblieben, trotzdem die Lebenshaltung hier jetzt teurer ist als dort.

Die Gehilfen Polens hatten bei der Prinzipalität den Antrag auf eine 25prozentige Lohnerböhung gestellt. Die Prinzipale erklärten, 15 Proz. Zulage geben, dann aber sämtliche Feiertage nicht mehr bezahlen zu wollen. Die Gehilfen lehnten dies ab; die Prinzipale zogen ihr Angebot außerdem zurück mit der Erklärung, sie hätten ohne Befragung des Arbeitgeberverbandes gehandelt. Dieser steht auf dem Standpunkt, überhaupt nichts zulegen zu wollen. Diese Stellungnahme der Unternehmer wird wesentlich gestützt durch eine ziemlich stark eintretende Arbeitslosigkeit, die zum Teil auch dadurch hervorgerufen ist, daß infolge Knappheit von Zahlungsmitteln die Arbeitsgelegenheit begrenzt werden muß. Die Verhandlungen der Buchdrucker haben sich seit Anfang September bis Mitte Oktober hingezogen, worauf endlich die Prinzipale sich bereit erklärten, 25 Proz. Zulage zu gewähren, die Bezahlung der Feiertage aber von einem Schiedsspruch des Gewerbegerichts oder einer ähnlichen Instanz abhängig zu machen. Die Gehilfen haben dieses Angebot vorherhand angenommen, gedenken aber demnächst weitere Forderungen zu stellen. Die anderen Arbeiterkategorien wie auch die Beamtenschaft haben Anträge gestellt auf Erhöhung ihrer Löhne bis zu 80 und 90 Proz. Das Minimum ist jetzt also im ehemals preussischen Gebiet in runder Summe 8150 Mh., in Posen bei 20 Proz. Lokalzulage 9760 Mh. In Bromberg hatten die Buchdrucker 50 Proz. Lohnerböhung beantragt, wurden aber mit dem Hinweis vertrieben, daß das, was in Posen beschlossen wurde, sie auch erhalten sollen. Die Forderung wurde aber infolgedessen gleich anerkannt, als die Prinzipale ab Oktober eine Wirtschaftsbekleibung von 1000 Mh. wöchentlich zahlten. In Posen ist die Buchdrucker auf eigenartige Weise um zwei Stunden Lohn wöchentlich gekommen. Der polnische Landtag hatte im vorigen Jahre beschlossen, daß sämtlichen Arbeitern in der Republik am Sonnabend zwei Stunden Arbeit zu erlassen sind zum immerwährenden Gedächtnis der Wiederauflebung des polnischen Reiches. Diese zwei Stunden wurden anfänglich auch bezahlt. Im Frühjahr d. J. bei der damaligen Lohnbewegung, haben es die Prinzipale verstanden, die neuen Lohnsätze auf 48 statt auf 48 Stunden zu verrechnen. Nur einige Geschäfte zahlten 48 Stunden welfer. Diese

haben nun auch die 46-Stundenzahlung eingeführt. Die Gehilfen haben nun das Geschenk des polnischen Landtags zwar anzunehmen, aber auf ihre Kosten.

Am 18. September hielt der Verband der deutschen Buchdrucker in der Republik Polen einen Vertretertag in Bromberg ab. Aus dem Geschäftsberichte war zu entnehmen, daß zur Zeit noch 240 Mitglieder vorhanden sind. Der Wochenbeitrag der Allgemeinen Kasse wurde auf 140 Mh. festgesetzt, die Unterstützungsätze entsprechend erhöht. Der Verband steht mit dem deutschen Verband in Gegenseitigkeit. Zur Situation wurde festgestellt, daß die deutschen Buchdrucker auch weiterhin an ihrer besonderen Organisation festhalten müssen. Ein Zusammenbruch mit den polnischen Gehilfen sei erst dann angebracht, wenn diese zunächst mehr Gehilfenbeiträge zeigen (es gibt zur Zeit besonders in Kongresspolen mehrere Organisationen, neben vielen Mitglorgansierten) und ferner mit dem Verband in Deutschland Gegenseitigkeit abschließen.

Holland. Die von einem großen Teile der Unternehmer eingeleitete Aktion zu einer Lohnüberabhebung hat auch in die Kreise der Buchdruckerprinzipale Bewegung gebracht. Die letzten Nummern des „Tariet“, des offiziellen Organs der Prinzipalvereinigungen, enthält einige Artikel, die bezugnehmend auf die „hohe“ Buchdruckerlohn mit der Ursache ist, daß die Arbeitslosigkeit im Buchdruckerberufe so groß ist. Das „Grafisch Weekblad“ beschäftigt sich selbstverständlich mit der Frage, und wenn der Geist, der aus den Artikeln spricht, die ganze Arbeiterschaft durchdringt, dann werden es die Prinzipale sicher nicht leicht haben, ihren Willen durchzusetzen.

In den Minister des Innern hat der Verband eine Eingabe gerichtet, in der um eine Unterstützungsreglung gebeten wird für diejenigen arbeitslosen Gehilfen, die keine Unterstützung aus Organisationsmitteln mehr bekommen. Eine gleiche Regelung hat der Minister auch den andern, von großer Arbeitslosigkeit betroffenen Industrien zugestimmt. Der Minister hat die Bitte aber zurückgewiesen mit Hinweis auf das Kartellabereinkommen, das seiner Meinung nach zum Teil die Schuld der Arbeitslosigkeit trage! Diese kurze Antwort, die selbst von bürgerlichen Wählern scharf gerügt wurde, nennt keine konkreten Tatsachen, aber man kann daraus schon erkennen, daß die arbeitslosen Buchdrucker von seiten der Regierung keine Hilfe zu erwarten haben. Sie sind ja selbst, laut die hohe Erzeugung, die Milchbüdigen ihres Landes. Die städtische Druckerei in Amsterdam hat wegen Verminderung der Auflage eine Anzahl Beschäftigter in Arbeitsreserve gesetzt, d. h. sie müssen sich jeden Tag bei dem Arbeitsnachweise melden und bekommen die Hälfte ihres Lohnes. Unter den Zurückverbleibenden gibt es eine Anzahl, die dem Verbands den Rücken gekehrt hatten und ihr Heil suchten in der Organisation der Gemeindearbeiter. Für sie wird die Wiederaufnahme im Verbands keine leichte Sache sein. Das „Grafisch Weekblad“ stellt dafür die Bedingung, daß sie alle Beiträge nachzahlen für die Zeit, während der sie Mitglied des Buchdruckerverbandes hätten sein können.

Frankreich. Das Zentralkomitee des französischen Bucharbeiterverbandes warnt dringend vor Zugang nach Frankreich. Die wirtschaftliche Lage ist derart, daß schon die französischen arbeitslosen und streikenden Gehilfen nicht mehr unterzubringen sind, geschweige denn Ausländer. Um sich vor Schaden zu bewahren, werden alle Kollegen erlucht, die Warnung der französischen Organisationsleitung zu beachten.

Norwegen. Der lange Arbeitskonflikt in der Papierfabrikation, der sich auch schon im norwegischen Budgetgewerbe unangenehm bemerkbar machte, ist endlich durch Vermittlung des Reichsschiedsgerichts beendet worden. Der Schiedsspruch lautete auf sofortige Lohnhöhung von 3 Kr. pro Tag und einen weiteren Abschlag von 1,50 Kr. pro Tag zu einem späteren Termin. — In einem Zirkular an die Mitglieder erläutert der Zentralvorstand des norwegischen Verbandes die Schwierigkeiten der Verhandlungskasse, den Anforderungen für Arbeitslosenunterstützung gerecht zu werden. Indem er weiter auf die unheilvollen Folgen der gegenwärtigen Krise für den Mittelstand anderer Gewerkschaften hinweist, appelliert er an das Solidaritätsgefühl der Kollegen und schlägt vor, vom 10. November ab folgende Extrabeiträge für die Arbeitslosenkasse zu bezahlen: Arbeiter mit Wochenlohn unter 65 Kr. 50 Ore pro Woche, 65—80 Kr. 1 Kr., 80—100 Kr. 2 Kr., 100—120 Kr. 3 Kr., über 120 Kr. 4 Kr. wöchentlich. Ein zweiter Beitrag geht darauf hinaus, unter Voraussetzung der Erhöhung des Staatsbeitrags die Arbeitslosenunterstützung über die bisherigen 120 bzw. 180 Tage hinaus zu verfrängern. Beide Vorschläge unterliegen der Urabstimmung.

Mongolei. Wie die russische Zeitung „Schanghaiskaja Schien“ meldet, reorganisiert die gegenwärtig autonome revolutionäre Volksregierung in Urga, der Hauptstadt des Landes, wieder die mongolische Druckerei in großem Maßstabe, um eine politische Zeitung herauszugeben. Es soll diese Zeitung zugleich das Organ der Regierung und der revolutionären Volkspartei sein. Auf diese Weise würde nach langen Jahren nunmehr wieder in der Mongolei eine Zeitung (die einzige) in mongolischer Sprache und in mongolischen Lettern erscheinen.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Koburg. Untere Bezirksversammlung am 9. Oktober beschloß sich mit der letzten Feuerungszulage. Allgemein wurde festgestellt, daß die Zulage den jetzigen Verhältnissen nicht entspricht. Die Versammelten erkannten

aber an, daß die Gehilfenvertretung ihr möglichstes getan hat. Ein Antrag Koburg wurde angenommen, daß dahin gewirkt werden soll, die Zulage von 25 Mk. schon jetzt zur Auszahlung zu bringen. Der Antrag Meiningen, eine höhere Zulage zu erkrämpfen, wurde zurückgenommen. Die neue Zulage kam in den Druckorten Koburg, Sonneberg, Hildburghausen und Chemar reiflos zur Auszahlung, in Meiningen weigerte sich eine Firma, die Beträge über Minimum, eine andere den Zuschlag der Maschinenleher zu bezahlen mit der Begründung, daß in der tarifmäßigen Bekanntmachung davon nichts zu lesen sei. Bezirksvorsitzender Westermann stellte die irrige Ansicht richtig. Unter Gauvorsitzer Prox (Welmor) hielt darauf ein äußerst interessantes Referat über: "Die Lage im Gewerbe". Kollege Schumann (Hildburghausen) stellte den Antrag, auf dem Verhandlungswege bei den Prinzipalen des Bezirks dahin zu wirken, daß eine Kartoffelbeschaffungsbeihilfe gewährt wird. Der Bezirk bei Kartoffelüberflußgebiet und dennoch koste der Zentner Speisekartoffeln 70 bis 80 Mk. Zum Schluß wurde der Bezirksbeitrag von 50 Pf. auf 1 Mk. erhöht.

Naumburg a. d. S. In der bliesigen Druckerlei von Gottfried Päß (Inhaberin Frau M. Geers) ist es infolge Differenzen zur Kündigung des Personalis gekommen. Etwaige Konditionsangebote sind abzulehnen.

Berichtigungen

In Nr. 126 der Zeilung zum "Korr." sind zwei Irrtümer enthalten, die richtiggestellt werden müssen. Zunächst wird im Berliner Versammlungsbereiche bemerkt, daß die Hilfsarbeiter von der für die Gehilfen fälligen tariflichen Novemberzulage 80 Proz. zu bekommen hätten. Dies ist nur in beschränktem Umfang zutreffend, und zwar nur für die männlichen Hilfsarbeiter im Alter von über 21 bis 24 Jahren. Im übrigen aber regelt sich der anteilige Betrag an dieser Gehilfenzulage nach wie vor nach den Reichstariflöhnen, wie sie auf S. 82 des Deutschen Buchdruckerarbeitsbuches enthalten sind.

Gerner ist in einem Düsseldorf'schen Bericht die Behandlung aufgestellt, daß nach einer Entschädigung des Tariflohns die Stunde am Montag früh von 6 bis 7 Uhr als Sonntagsarbeit entschädigt wird. Diese Entschädigung trifft nur insoweit zu, wenn nur am Montag um 6 Uhr mit der Arbeit begonnen wird, während an den übrigen fünf Tagen um 7 Uhr festgesetzt ist. Wird dagegen an allen Tagen der Woche um 6 Uhr mit der Arbeitszeit begonnen, dann fällt auch am Montag die besondere Entschädigung für Sonntagsarbeit für die Stunde von 6 bis 7 Uhr weg. Schließb.

Buchb'dern zu überwinden sind infolge der Laffache, daß jede Unternehmerorganisation mit der Gehilfenvertretung am Verhandlungstische sitzen, gelang es doch, innerhalb dreier Tage zu einem vorläufigen Ergebnisse zu kommen. Das Abkommen sieht für die erste Drisklasse neue Stundenzulage vor in Höhe von 1,50 Mk. für das erste bis vierte Gehilfenjahr und von 1,10 Mk. für die Zeit nach dem vierten Gehilfenjahr für ledige Arbeiter. Verheiratete Gehilfen erhalten in allen Altersklassen 1,75 Mk. Zulage. Ferner erhalten Arbeiterinnen unter 16 Jahren 60 Pf., vorerlebte Arbeiterinnen über 16 Jahre im ersten Halbjahre 60 Pf., im zweiten Halbjahre 80 Pf., geübte Arbeiterinnen über 16 Jahre in allen Altersstufen 1 Mk. pro Stunde mehr. Diese Zulagen werden auf die seitherigen Löhne gezahlt, und zwar ab erster voller Lohnwoche im November. Bereits Ende November sollen neue Verhandlungen stattfinden, um die dann gegebene Lage zu überprüfen. Mit der diesmal erzielten Zulage werden in der ersten Drisklasse Spitzenlöhne erreicht von 7,95 Mk. für ledige Gehilfen, von 8,50 Mk. für verheiratete Gehilfen, von 4,95 Mk. für Arbeiterinnen. Der selbige Zuschlag von 90 Proz. auf die Akkordarbeiterlöhne des Reichsakkordtarifs wird auf 120 Proz. erhöht. Akkordarbeiter und -arbeiterinnen, die nicht nach diesem Akkordtarif entlohnt werden, erhalten die neuen Zulagen als feste Sätze.

Offene Stellen für befähigte Gewerkschafter. Durch den Zentralstellennachweis des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Berlin SO 16, Engelauer 24) werden gesucht: Gewerkschaftssekretär zum 1. Januar 1922 für Neudamm. Bedingung: zehnjährige gewerkschaftliche Organisations- und Arbeitersekretär zum 1. Januar 1922 für Benrath a. Rh. Auch für die Organisation der Betriebsräte. Aufschub über "Die Aufgaben eines Betriebsräte- und Arbeitersekretärs" ist beizuliegen. - Betriebsratssekretär für Barmen-Eberfeld. Erste Kraft, mindestens fünf Jahre organisiert. - Ausführliche Bewerbungen sind an die genannte Zentrale zur Weiterbeförderung möglichst sofort einzusenden.

Kartoffelwuchererfreiheit in höchster Potenz. Die Mehrheit der Ernährungsminister hat sich auf ihrer Konferenz in Oldenburg dafür ausgesprochen, daß nichts gegen den Kartoffelwucherer und zur Milderung der Versorgungsanarchie unternommen wird, das wirklichen Erfolg haben könnte. Man frische lediglich schon bestehende, aber nie eingelebte oder richtig durchgeführte Gesetze (wie man sagt: alle Ladenhüter) wieder auf, die schon bisher nichts gegen die Wucherer ausrichten konnten und über die sich auch weiterhin die Kartoffelwucherer mit Lächeln hinwegsetzen werden, wenn nicht wirklich unumschließlich vorgegangen wird. Nur wenn bis zum Eintritt des Frostes eine Entspannung der Lage nicht herbeigeführt wird, ist die Konferenz der Ansicht, daß eine Befandnahme (Zweck) Vorbehaltung weiterer gesetzlicher Maßnahmen (Zuzugrunde) sei. Eine neue Preisobergrenze, die von der Regierung ausgeht, berührt, ermahnt, vorerlaubt und hofft auch nur, daß durch die Einsicht aller Kreise "eine weitere Preissteigerung nicht nur unterbleibe, sondern ein Preisabfall stattfinde". Darauf wird aber die Verbraucherchaft vergeblich warten. Der Sächsischen Landbund richtet an seine 60000 Mitglieder erneut einen Appell, die eingelebten Verbraucher und auch die sächsischen Großstädte, die kaum oder nicht einmal den Tagesbedarf decken können, durch die landwirtschaftlichen Absatzgesellschaften zu versorgen. Ein Kartoffelkrieg müsse nach Kräften vermieden werden. In Essen fand eine vom Bezirksausschusse der freien Gewerkschaften veranstaltete Massendemonstration von Arbeitern, Beamten und Angehörigen gegen den Lebensmittelwucherer statt, was überall zur Nachahmung empfohlen werden kann. Gegen den Wucherer muß Durchgreifen geschehen. Während das Volk unter der Last der Wucherpreise schon bis über 100 Mk. für den Zentner stöhnt, werden in Berlin vor dem Preussischen Ministerium des Innern "deutschnationale" Kartoffeln zu 20 Mk. für die "Hausangehörigen" abgeben, zu denen auch die Herren Geheimräte gehören! Sontt halten es die Großagrarien und Händler für selbstverständlich, daß die Anpassung der Kartoffelpreise an die Weltmarktpreise zu geschehen hat, die bei der kolossalen Entwertung der Mark bis ins Unerdenliche gehen müßte. Sie fragen aber nicht danach, ob der Arbeiter bei seinem Lohne, der dieser Zugabe der freien Wirtschaft niemals, auch nicht annähernd entspricht, diese Preise bezahlen kann. Auch die andern mittelbar oder unmittelbar interessierten Verfechter der uneingeschränkten Freiheit auf die Taschen der Verbraucher, wozu fast alle Unternehmer gehören, lassen den Wucher unwiderprochen geschehen, ohne zugleich auch Ausgleichslöhne zahlen zu wollen. Lendenahme Proteste

und die "Ausfregung" gewisser Leute, wie die vom "Lokalanzeiger" in Berlin, die durch ihre Politik den Wucher mit auf dem Gewissen haben, wirken nur komisch. Wenn auch teilweise die Landwirte zu annehmbaren Preisen verkaufen, so lassen sich die meisten die Preistreiber doch gefassen, halten weiterhin juristisch oder mitten ein, um im Winter vielleicht 150 Mk. und mehr daraus zu schlagen. Gegenüber dem Frieden mit 52 Mk. Tonnen sind nur etwa 26 Millionen bei geringerer Einbaufähigkeit geerntet worden, von dem aber die zur Ernährung notwendigen 8 Millionen mit Leichtigkeit sichergestellt werden könnten, wenn nicht so viel verlohren, verfault und über Gebühr in den Stärkfabriken, Ertrönereten und Breinneten verarbeitet würde. Wie man in allen Staaten Vorlorge trifft, ist man auch in Bayern in Erwartung einer Ernährungskatastrophe dazu übergegangen, eine Landesreserve von Kartoffeln zu schaffen und ersicht dazu die Unterfütterung der Landwirtschaft. Auch von vielen Gemeinden, die erst in die Verlorung nicht eingreifen wollten, um nicht gleichfalls preiztreibend zu wirken, wie alle Aufkäufer, werden jetzt Ankaufen getroffen, um die schlimmste Not der ganz Armen abzuwehren. Glaucha i. Sa. wünschte 2000 Ztr. zu billigerem Preise für die Armen, aber auf eine Anfrage an alle landwirtschaftlichen Vereine des Bezirks antworteten nur zwei. Unter solchen Umständen ist es kein Wunder, wenn die Verbraucher Selbsthilfe üben, wie z. B. in Gersdorf i. Sa. die Betriebsräte der Kattlergrube, die auf einem Rittergute 1000 Zentner zum Nichtpreise beschlagnahmten. Im Dorfe Ermsfeld i. Th. hat ein Teil der Landwirte billige Kartoffeln zu 30 Mk. den Zentner zur Verfügung gestellt, die der minderbemittelten Bevölkerung Erfurt zugute kommt. Die Arbeiterchaft wird aber im übrigen leben müssen, wo sie bleibt, wenn die Regierung Sermes nicht noch in letzter Stunde kaffrisch eingreift. Bis zu 135 Mk. für einen Zentner, das ist ein Schandall!

Briefkasten

D. G. in B.: Wird aufgenommen. - H. S.: Mit anderer Überfahrt und unter Erstattung der ersten Fahrt (hohe Unvorsichtigkeit), der ein überflüssiges Klönnement darstellt, kann Verfehlung erfolgen. - Fr. B. in G.: Wenn Sie darauf bestehen: ohne Änderungen oder Streichungen, dann erfolgt Ablehnung, sonst mit einigen Streichungen, die nur Zeitfänger sein sollen, Aufnahme. - H. J. in A.: Gelangt zur Verfehlung, aber unter Erstattung der ersten fünf Zeilen, die auf totalem Irrtum beruhen, der uns viel Spaß gemacht hat. - W. B. in B.: Müßte seiner Wichtigkeit wegen beantwortet werden; bitten Einleitung gern schon einige Tage früher gehabt. - S. A. in B.: Das ist aber doch gar nichts Neues, ist schon im "Korr." behandelt und im Tarifauschusse besprochen worden! Die Meinungen gehen darüber selbst in der Kollegenschaft auseinander. Ihr Artikel würde nur wieder Streit entfachen und viel Raumhohn im Gefolge haben. Wir wollen abwarten, ob noch mehr kommt und uns dann über die Aufnahme entscheiden oder für Überweisung an Gehilfenvereiner. - Kemp-Werth: Sie sollen zur Behebung des Werts erhalten, aber der dazu verlangte Raum ist doch wohl ungebührlich groß. Wir werden daher sorgfältig Streichungen vornehmen. - S. M. in B.: Für grundsätzliche Ablehnung des angeführten Artikels liegt keine Veranlassung vor, aber er würde lange zu warten haben, einmal, weil nicht dringend, dann, weil schon zu viel vorliegt. Also lassen Sie ihn lieber unangehen. - G. W. in A.: Im Gegenteil, man schloß sich schon, daß wir zu viel aufnehmen. Das stimmt auch über. Aber ich nicht von größerer Gesichtspunkte lassen kann und obendrein vorerlebte Aufnahme von wirklich nicht neuen Ausföhrungen fordert, der verlangt Raumvermehrung von uns. Das kann aber doch nicht sein. - G. W. in B.: Der Ton liegt auf der Seite "ho". 2. Unklarer Widerspruch.

Verbandsnachrichten

Verbandsdirektor: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II. Fernsprecher: Amt Murrstr. Nr. 1191.

- Mannheim. Die Firma S. Hübners Nachfolger (Strieg & Denker) in Mannheim (Pfalz), Annweiler Wochensatz, ist fernkontrolliert und daher für Verbandsmitglieder und tarifliche Beihilfen gesperrt. Zuwiderhandelnde verfallen dem Ausschluss aus der Organisation und der Tarifgemeinschaft.
- Berlin. Maschinenleherversammlung Sonntag, den 6. November, vormittags 10 Uhr, im "Berliner Klubhaus", Dönhofsstraße 2.
- Dortmund. Bezirksversammlung Sonntag, den 6. November, vormittags 10 Uhr, im "Schwarzen Raben" zu Dortmund, Kanalstraße.
- Dresden. Maschinenleherversammlung Sonntag, den 6. November, vormittags 10 Uhr, im "Volksbau" (Saal 2).
- Waldenburg. Maschinenleherversammlung Sonntag, den 6. November, vormittags 10 Uhr, im "Senecker", Maulbachstraße.
- Erfurt. Maschinenleherversammlung Freitag, den 4. November, abends 8 Uhr, im "Großen Saal".
- Metzburg. Versammlung Sonnabend, den 5. November, abends pünktlich 7 1/2 Uhr, im Restaurant "Preussischer Adler".
- München i. B. Versammlung Sonnabend, den 5. November, abends pünktlich 8 Uhr, im Gewerkschaftsbau "Schillerpark".
- Nürnberg. Versammlung Sonnabend, den 5. November, abends 8 Uhr, im "Mittlerer Hof".

Rundschau

Nachahmenswertes Beispiel. Die ab 15. November fällige Zulage von 25 Mk. pro Woche zahlt die Buchdrucker C. Koppe in Leipzig, Albertstraße, schon seit 10. Oktober. Wenn kleine Druckereien sich entgegenkommend zeigen, dann mühen große es erst recht können.

Die neuen Faktorengehälter. Auf Grund einer Verhandlung im Hauptausschusse der Vertragsgemeinschaft der Prinzipale und Faktoren des Deutschen Buchdruckgewerbes am 24. Oktober sind die Gehälter endgültig festgesetzt. Ab 1. Oktober beträgt das Gehalt ohne Lokalaufschlag in den Gruppen A, B und C 1730 Mk., 1610 Mk. und 1430 Mk., der dazu kommende Prozentsatz des Lokalaufschlags kann leicht errechnet werden. In Hamburg werden in den Gruppen A, B und C 2370 Mk., 2205 Mk. und 1960 Mk. gezahlt. Ab 15. November erhöhen sich die Gehälter in sämtlichen Gruppen und in sämtlichen Orten um monatlich 110 Mk. In Berlin machen die Sätze ab 1. Oktober 2400 Mk., 2295 Mk. und 2085 Mk. aus; dazu kommt die Vereinbarung der Berliner Gehilfenchaft vom 24. Oktober im Betrage von 35 Mk., so daß sich die Gehälter erhöhen in Gruppe A auf 2495 Mk., B 2330 Mk., C 2120 Mk. Wenn im November keine tariflichen Lohnverhandlungen stattfinden, erhöhen sich auch hier die Sätze ab 15. November um 110 Mk. monatlich. In Berlin ist außerdem für kurze Nacharbeit ein besonderer Zuschlag von 20 Proz. und für lange Nacharbeit ein Zuschlag von 25 Proz. zu zahlen.

Ergebnis der neuen Lohnverhandlungen im Buchbindergewerbe. Nachdem vor kurzem erst die endgültige Erledigung der Drisklassenenteilung für das Buchbindergewerbe im Verhandlungswege erfolgt ist, kam es am 30. Oktober in Welmor zu Verhandlungen über ein neues Lohnabkommen. Trotz der Schwierigkeiten, die bei den

Durchaus selbständiger erster
Akzidenzsetzer
der auch im Katalog und Tabellenbuch
Erklärung haben wird, in mittlere Akzidenz-
druckerei S. Edelstein, in dauernde
Stellung gesucht.
Angebote unter Nr. 423 an die
Zeitschrift d. B. erdlen.

Blotter, korrekter
Linotypsetzer
guter Linotypsetzer, für neuen Preis-
becker sofort gesucht. Bezahlung über
Zahl.
Buchdrucker Christian, 435
Nord (Niederl.).

Typographsetzer
für A- und U-Maschine gesucht.
Bessere Praxis und genaue Maschinen-
kenntnis erforderlich. 440
Angebote mit Gehaltsansprüchen an
Buchdrucker Louis Hofer,
Willingen, Weenderstraße 11.

Züchtiger
Typographsetzer
Modell B. sofort gesucht. 432
"Mittlerer Anzeiger", Gak. C. Müller,
Willingen (Saargebiet).

Mehrere
Typographsetzer
für B-Maschine in selbständiger, dauernde
Stellung gesucht. 407
Wilhelm Preusse & Co., G. m. b. H.,
Ostfentherden.

Buchdruckmaschinenmeister
perfekter Illustrations- und Farben-
drucker, gesucht. 426
Kunstausfall Serz & Co.,
Nürnberg, Bucherstraße 76.

Schweizerdegen
ledig, hauptsächlich Seher für Zeitung
und Akzidenz, möglichst für sofort ge-
sucht. 425
Buchdrucker Kemmann,
Gerdauen (Ostpr.).

Fächler
Monolinefeger
zum 7. November in angemessene,
dauernde Stellung gesucht.
Nationaldruckerei, Hamburg 22,
Holt, Kamp 104.

Zum sofortigen Eintritt suchen wir
noch zwei
Monotypsetzer
für Dr. Zeller, ferner tüchtige
Monotypgießer
Offerten mit Lohnforderungen an die
Ostpreussische Buchdrucker
Georg Richter, Erfurt.

Für unsere Maschinenlehre, Abteilung
Zellungslehre, suchen wir einen ge-
wandten
Monolinefeger
dem Gelegenheitsgehoben wird, sich auf
der Linotype auszubilden.
Vertragsantritt "Oktober",
Ablösung, Schloßstraße 8.

Züchtiger, lediger
Galvanoplastiker
für Nachverfahren, der auch in der
Flachrelieftechnik arbeiten kann, zum baldigen
Einstreten gegen gute Bezahlung für
dauernde Stellung gesucht. 424
Verlag Joseph Köfeler & Beledr. Wustel,
Kommanditgesellschaft, Verlagsabteilung,
Regensburg.

Gebliter
Typographsetzer
mit guten Maschinenkenntnissen (An-
forderung B) zum 14. oder 21. November
in dauernde Stellung gesucht. 430
Angebote mit Gehaltsansprüchen und
Lohnforderung erbitten
Weber & Widemeyer, Staffel.

Einzelungen an den "Korrespondenz-
büchlein für Deutschlands Buchdrucker"
auf Postfachkonto Leipzig Nr. 61228

lickst worden. Die Schwierigkeiten zur Einigung seien größer, als die englische Arbeiterpartei annehme; gemeinsame Aktionen von Fall zu Fall seien diskutabel. Der französische Führer Longuet (Nr. 2 1/2) als Teilnehmer hat dann im „Populaire“ das Wort geprägt: „wiel zu einfach und viel zu schnell“. Der Engländer Sanderfon (Nr. 2) aber ironisierte die Sachlage: „Longuet verhandelt mit Sanderfon von der Labour Party, aber mit dem Sanderfon von der Zweiten Internationale verhandelt er nicht. Das ist nicht die Art, ernste Dinge ernst zu behandeln.“ Das ist also noch der Standpunkt vom April in Amsterdam. Damals wollten die Wiener auch nicht unter der Führung der Gewerkschaftsinternationale, auf die ja beide Parteien eingeschworen sind, mit der Zweiten Internationale verhandeln. Inzwischen ist aber mehrmals einseitlich gehandelt worden: bei den Erzberger-Demonstrationen, bei den Protesten gegen den Karlisten-Putsch in Ungarn usw. Die öffentlichen Wahlen und die zu Gewerkschaftstagungen (Metallarbeiter) gehen die Aktiven der Unabhängigen nicht im Steigen. Sie haben in ihrer Taktik viele Karten weggeworfen, die von den Kommunisten aufgelesen wurden. Wenn wir in unserer Ausschmittsammlung von 1919 blättern, ist das Staunen über das Eintrich und Tschö, aber auch die Freude, daß man sich wieder auf eine mittlere Linie zurückgefunden hat. Sin und wieder kommen die alten Manuskripte noch einmal zum Vorschein, z. B. im Juli d. J. mit einem Wochensatzartikel „25 Jahre Sozialdemokratie der Buchdrucker“. Das tut nicht groß etwas. Im Interesse der Gewerkschaften und der weiteren Volkshöchsten im allgemeinen liegt es aber, daß sich diese beiden Arbeiterparteien bald ganz in der Mitte aufeinanderfinden. Was links liegt, ist nicht von Vorteil für die Arbeiterklasse, was noch zu sagen sein wird. Görlich war eine Überraschung, London eine Leistung der Verrücktheit. Wenn die politischen Führer nach altem Rezept fortfahren, die Massen nur als Schachfiguren zu behandeln, dann werden diese gegen die Führerschaft zu einer neuen Methode greifen.

Das Buchgewerbe im Auslande

Internationales Buchdruckersekretariat

Aber die 10. Sitzung der Sekretariatskommission am 21. Oktober ging uns aus Bern folgender Bericht zu: Da von der Printing and Kindred Trades Federation of the United Kingdom (England) in bezug auf ihren Anschluss an das Internationale Buchdruckersekretariat bis jetzt noch kein definitiver Bescheid eingegangen ist, wird vorläufig die National Society of Printers and Assistants in London aufgenommen. Die Verhandlungen mit der Printing and Kindred Trades Federation und der Typographical Association sollen fortgesetzt werden. Die Kollegenchaft von Dänemark hat den VII. Internationalen Buchdruckerkongress schriftlich erlucht, ihr bei der Liquidation mit Weißblechen beihilflich zu sein und ihr Rat zu erteilen in bezug auf ihr Vorgehen, um der Gegenseitigkeit mit der übrigen Kollegenchaft wieder teilhaftig zu werden. Diese Angelegenheit wurde der Sekretariatskommission zur Erledigung überwiesen. Diese hat nun beschlossene, diesbezüglich mit der Zentrale in Troppau (Weißblechen) in Verbindung zu treten und zugleich von den vorgenannten Kollegen noch verschiedene Auskünfte zu verlangen. Der Professionelle Buchgewerbeverband Hollands hat an den VII. Internationalen Buchdruckerkongress das Gesuch um Aufnahme in die Buchdruckerinternationale gerichtet. Dieses Gesuch wurde ebenfalls der Sekretariatskommission zur Erledigung überwiesen, und diese hat nun die Aufnahme dieses Verbandes beschlossen. Das Sekretariat gibt Kenntnis von verschiedenen Lohnbewegungen und Konflikten. Die vom Sekretariat getroffenen Maßnahmen werden aufgegeben. Die Beitragsfrage wird neuerlich behandelt. Da die Angaben über die Zahl der Vollzahler trotz Aufforderung immer noch nicht alle eingegangen sind, soll den betreffenden Verbänden zur Einreichung dieser Angaben eine letzte Frist von 14 Tagen gewährt werden. Nach Ablauf dieser Frist werden die fehlenden Zahlen vom Sekretariat festgestellt. Verschiedene interne Angelegenheiten werden noch behandelt, deren Erledigung aber auf eine spätere Sitzung verschoben.

Bei dieser Gelegenheit möchte das Internationale Sekretariat alle Kollegen nochmals besonders darauf aufmerksam machen, daß das Internationale Buchdruckersekretariat sich mit Stellenermittlung nicht befassen kann noch darf. Die Kollegen werden darum in ihrem eignen Interesse erlucht, Stellengesuche nicht an das Sekretariat zu richten.

Österreich. Wie bereits mitgeteilt, haben die österreichischen Buchdrucker erst kürzlich wieder eine Erhöhung der Feuerungszulage im Ausmaße von 850 Kr. = 27 Proz. des Gesamtminimallohnes erhalten. Da, wie auch erwähnt wurde, inzwischen aber die staatliche Sonderziffer um 31 Proz. gestiegen war, haben die Vertrauensmänner diesem Übereinkommen nun in der Weise zugestimmt, daß die Organisationsvertreter sofort wieder in erneute Unterhandlungen mit den Unternehmern zu treten haben, um zumindest die restlichen 4 Proz. zu erlangen. Diesem berechtigten Verlangen hat die Kartellleitung der graphischen Arbeiterschaft Rechnung getragen,

und am 6. Oktober wurde ein Zusatzabkommen mit den Prinzipalen in der Form getroffen, daß vom 10. Oktober ab (auszählbar am 15. Oktober) weitere 5 Proz. des früheren Lohnes vom Juli bewilligt wurden. In der höchsten Gehaltsstufe in Wien beträgt nun der Minimallohn 4125 Kr. (Minimum 700 Kr., Feuerungszulage 3425 Kr.). Der Lohn für die Herstellung der Monatsfrühblätter erhöht sich jeweils um den fünften Teil der neuen Zulage und beträgt zur Zeit in Wien 900—950 Kr. Die Arbeitszeit darf drei Stunden nicht überschreiten.

Infolge der Erhöhung der Feuerungszulage für die allgemeine Gehilfenchaft gelang es auch den Zeitungslehren Wiens, die jetzt gleichfalls dem graphischen Kartell angehören, die Erhöhung der Feuerungszulage im gleichen prozentualen Ausmaße zu erringen. Ferner haben die Vorstände der Verbands der Buchdrucker und Schriftgießer sowie der Eisenrucker usw. Wiens an die graphische Unternehmerschaft die Aufforderung gerichtet, das Kartell der Lehrlinge gleichfalls zu erhöhen. Festgelegt wurden für Lehrlinge im ersten Lehrjahre 225 Kr., im zweiten Lehrjahre 325 Kr., im dritten Lehrjahre 460 Kr. und im vierten Lehrjahre 690 Kr.

Tschechoslowakei. Am 9. Oktober fand in Prag eine Konferenz der beiden Tarifparteien im Buchdrucker- und des Tschechoslowakei Kartell, die sich mit einer neuen Regelung der Feuerungszulagen zu beschäftigen hatte. Die Konferenz verlief ergebnislos. Infolgedessen ließ sich die Gehilfenchaft gezwungen, den Weg direkter bzw. betriebsweiser Verhandlungen zu beschreiten, was in einer Reihe von Städten zu unterschiedlichen Erfolgen führte. In Prag wurden in 37 Druckereien erhöhte Feuerungszulagen ausbezahlt.

Vom Internationalen Buchdruckersekretariat wurde uns zu der Lohnbewegung in der Tschechoslowakei noch folgendes mitgeteilt: Die paritätische Preisüberprüfungskommission für das Buchgewerbe in der Slowakei hat eine 20prozentige Feuerung aller Bedarfsartikel festgestellt. Infolgedessen verlangen die Gehilfen die Einberufung des Landesartikelmittels, um über eine neuerliche Erhöhung der Löhne zu verhandeln. Den Prinzipalen gelang es aber, diese Verhandlungen zu sabotieren. Sie forderten ihre Kollegen auf, die Gehilfen auszulperren, was auch teilweise geschehen ist. Die Gehilfen der betreffenden Druckereien trafen deshalb in den Auslande, auch um die Aufnahme der Verhandlungen zu erwirken. Das Gebiet der Slowakei ist daher für alle Bucharbeiter strengstens gesperrt.

Republik Polen. Die Feuerung der Lebenshaltung hat auch in den letzten Monaten unauffällig weitere Fortschritte gemacht. Infolgedessen sind die Löhne gestiegen, deren Höhe seit einem halben Jahre durch ein Preisfeststellungsamt alle Monate, zuletzt vierzehntägig, geregelt wurde. Dieses Amt war jedoch seit Ende August zur Untätigkeit verurteilt, da die Arbeitgeberbesitzer ihre weitere Mitarbeit verweigert hatten. Von dem neuen Minister für das ehemalige preußische Teilgebiet ist das Preisfeststellungsamt durch Verordnung auf veränderter Grundlage neu eingesetzt worden. Das Preisfeststellungsamt hat seinen Sitz in Polen und gilt für den Bereich der ehemals preußischen Landesstelle; in Kongress- und Kleinstädten regeln die Organisationen ihre Forderungen selbstständig von Fall zu Fall. Während in Warschau z. B. das Minimum für Buchdrucker zur Zeit 12000 Mh. beträgt, sind die Buchdrucker in Polen seit Mitte August bei 7800 Mh. Minimum stehen geblieben, trotzdem die Lebenshaltung hier jetzt teurer ist als dort. Die Gehilfen Polens halten bei der Prinzipalfakt den Antrag auf eine 25prozentige Lohnerhöhung gestellt. Die Prinzipale erklärten, 15 Proz. Zulage geben, dann aber sämtliche Feiertage nicht mehr bezahlen zu wollen. Die Gehilfen lehnten dies ab; die Prinzipale zogen ihr Angebot außerdem zurück mit der Erklärung, sie hätten ohne Befragung des Arbeitgeberverbandes gehandelt. Dieser steht auf dem Standpunkt, überhaupt nichts zulegen zu wollen. Diese Stellungnahme der Unternehmer wird wesentlich gestützt durch eine ziemlich stark eintretende Arbeitslosigkeit, die zum Teil auch dadurch hervorgerufen ist, daß infolge Knappheit von Zahlungsmitteln die Arbeitsgelegenheit begrenzt werden muß. Die Verhandlungen der Buchdrucker haben sich seit Anfang September bis Mitte Oktober hingezogen, worauf endlich die Prinzipale sich bereit erklärten, 25 Proz. Zulage zu gewähren, die Bezahlung der Feiertage aber von einem Schiedsgericht des Gewerbegerichts oder einer ähnlichen Instanz abhängig zu machen. Die Gehilfen haben dieses Angebot vorerhand angenommen, geben aber demnächst weitere Forderungen zu stellen. Die ändern Arbeiterkategorien wie auch die Beamtenklassen haben Anträge gestellt auf Erhöhung ihrer Löhne bis zu 80 und 90 Proz. Das Minimum ist jetzt also im ehemals preußischen Gebiet in runder Summe 8150 Mh., in Polen bei 20 Proz. Lohnzulage 9760 Mh. In Bromberg hatten die Buchdrucker 50 Proz. Lohnerhöhung beantragt, wurden aber mit dem Hinweis vertrieben, daß das, was in Polen beschlossen werde, sie auch erhalten sollen. Die Notlage wurde aber insofern gleich anerkannt, als die Prinzipale ab Oktober eine Wirtschaftsbefehle von 1000 Mh. wöchentlich zahlten. In Polen sind die Buchdrucker auf eigenartige Weise um zwei Stunden Lohn wöchentlich gekommen. Der polnische Landtag hatte im vorigen Jahre beschlossen, daß sämtlichen Arbeitern in der Republik am Sonnabend zwei Stunden Arbeit zu erlassen sind zum immerwährenden Gedächtnis der Wiederaufrechterhaltung des polnischen Reiches. Diese zwei Stunden wurden anfänglich auch bezahlt. Im Frühjahr d. J., bei der damaligen Lohnbewegung, haben es die Prinzipale verstanden, die neuen Lohnsätze auf 46 statt auf 48 Stunden zu verrechnen. Nur einige Geschäfte zahlten 48 Stunden weiter. Diese

haben nun auch die 46-Stundenzahlung eingeführt. Die Gehilfen haben nun das Gehalt des polnischen Landtags war anzunehmen, aber auf ihre Kosten.

Am 18. September hielt der Verband der deutschen Buchdrucker in der Republik Polen einen Vertretertag in Bromberg ab. Aus dem Geschäftsberichte war zu entnehmen, daß zur Zeit noch 240 Mitglieder vorhanden sind. Der Wochenbeitrag der Allgemeinen Klasse wurde auf 140 Mh. festgelegt, die Unterfertigungsfläche entsprechend erhöht. Der Verband steht mit dem deutschen Verband in Gegenseitigkeit. Zur Situation wurde festgestellt, daß die deutschen Buchdrucker auch weiterhin an ihrer besonderen Organisation festhalten müssen. Ein Zusammenstoß mit den polnischen Gehilfen sei erst dann angebracht, wenn diese zunächst mehr Beschlossenheit zeigen (es gibt zur Zeit besonders in Kongressorten mehrere Organisationsaktionen, neben vielen Nichtorganisierten) und ferner mit dem Verband in Deutschland Gegenseitigkeit abschließen.

Holland. Die von einem großen Teile der Unternehmer eingeleitete Aktion zu einer Lohnüberhebung hat auch in die Kreise der Buchdruckerprinzipale Bewegung gebracht. Die letzten Nummern des „Carief“, des offiziellen Organs der Prinzipalvereinigungen, enthält einige Artikel, die bezeugen, daß der „hohe“ Buchdruckerlohn die Ursache ist, daß die Arbeitslosigkeit im Buchdruckerberufe so groß ist. Das „Grafisch Weekblad“ beschäftigt sich selbstverständlich mit der Frage, und wenn der Geist, der aus den Artikeln spricht, die ganze Gehilfenchaft durchdringt, dann werden es die Prinzipale sicher nicht leicht haben, ihren Willen durchzusetzen.

An den Minister des Innern hat der Verband eine Eingabe gerichtet, in der um eine Unterfertigungsregelung gebeten wird für diejenigen arbeitslosen Gehilfen, die keine Unterfertigung aus Organisationsmitteln mehr bekommen. Eine gleiche Regelung hat der Minister auch den andern, von großer Arbeitslosigkeit betroffenen Industrien zugebilligt. Der Minister hat die Bitte aber zurückgewiesen mit Hinweis auf das Tarifübereinkommen, das seiner Meinung nach zum Teil die Schuld der Arbeitslosigkeit trägt! Diese kurze Antwort, die selbst von bürgerlichen Blättern scharf gerügt wurde, nennt keine konkrete Tatsachen, aber man kann daraus schon erkennen, daß die arbeitslosen Buchdrucker von selten der Regierung keine Hilfe zu erwarten haben. Sie sind ja selbst, sagt die hohe Exzellenz, die Mitschuldigen ihres Elends. — Die künftliche Druckerei in Amsterdam hat wegen Verminderung der Aufträge eine Anzahl Beschäftigter in Arbeitsreserve gesetzt, d. h. sie müssen sich jeden Tag bei dem Arbeitsnachweise melden und bekommen die Hälfte ihres Lohnes. Unter den Zurückverbleibenden gibt es eine Anzahl, die dem Verbands den Rücken gekehrt hatten und ihr Heil suchten in der Organisation der Gemeindearbeiter. Für sie wird die Wiederaufnahme im Verbands keine leichte Sache sein. Das „Grafisch Weekblad“ stellt dafür die Bedingung, daß sie alle Beiträge nachzahlen für die Zeit, während der sie Mitglied des Buchdruckerverbandes hätten sein können.

Frankreich. Das Zentralkomitee des französischen Bucharbeiterverbandes warnt dringend vor Bezug nach Frankreich. Die wirtschaftliche Lage ist derartig, daß schon die französischen arbeitslosen und streikenden Gehilfen nicht mehr unterzubringen sind, geschweige denn Ausländer. Um sich vor Schaden zu bewahren, werden alle Kollegen erlucht, die Warnung der französischen Organisationsleitung zu beachten.

Norwegen. Der lange Arbeitskonflikt in der Papierfabrikation, der sich auch schon im norwegischen Buchgewerbe unangenehm bemerkbar machte, ist endlich durch Vermittlung des Reichsschiedsgerichts beendet worden. Der Schiedspruch lautete auf sofortige Lohnkürzung von 3 Kr. pro Tag und einen weiteren Abschlag von 1,50 Kr. pro Tag zu einem späteren Termin. — In einem Zirkular an die Mitglieder erläutert der Zentralvorstand des norwegischen Verbandes die Schwierigkeiten der Verbandskassen, den Anforderungen für Arbeitslosenunterstützung gerecht zu werden. Indem er weiter auf die unheilvollen Folgen der gegenwärtigen Krise für den Mitgliederbestand anderer Gewerkschaften hinweist, appelliert er an das Solidaritätsgefühl der Kollegen und schlägt vor, vom 10. November ab folgende Extrabeiträge für die Arbeitslosenkasse zu bezahlen: Arbeiter mit Wochenlohn unter 65 Kr. 50 Ore pro Woche, 65—80 Kr. 1 Kr., 80—100 Kr. 2 Kr., 100—120 Kr. 3 Kr., über 120 Kr. 4 Kr. wöchentlich. Ein zweiter Vorschlag geht darauf hinaus, unter Voraussetzung der Erhöhung des Staatsbeitrags die Arbeitslosenunterstützung über die bisherigen 120 bzw. 180 Tage hinaus zu verlängern. Beide Vorschläge unterliegen der Abstimmung.

Mongolei. Wie die russische Zeitung „Schanghalskaja Schisn“ meldet, reorganisiert die gegenwärtige autonome revolutionäre Volksregierung in Urag, der Hauptstadt des Landes, wieder die mongolische Druckerei in großem Maßstabe, um eine politische Zeitung herauszugeben. Es soll diese Zeitung zugleich das Organ der Regierung und der revolutionären Volkspartei sein. Auf diese Weise würde nach langen Jahren nunmehr wieder in der Mongolei eine Zeitung (die einzige) in mongolischer Sprache und in mongolischen Lettern erscheinen.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Stoburg. Inre Bezirksversammlung am 9. Oktober beschäftigte sich mit der letzten Feuerungszulage. Allgemein wurde festgestellt, daß die Zulage den jetzigen Verhältnissen nicht entspricht. Die Versammelten erkannten

aber an, daß die Gehilfenvertretung ihr möglichstes getan hat. Ein Antrag Koburg wurde angenommen, daß durch gewirkt werden soll, die Zulage von 25 Mk. schon jetzt zur Auszahlung zu bringen. Der Antrag Meiningen, eine höhere Zulage zu erwirken, wurde zurückgenommen. Die neue Zulage kam in den Druckereien Koburg, Sonneberg, Hildburghausen und Ehemer reiflos zur Auszahlung, in Meiningen weigerte sich eine Firma, die Beträge über Minimum, eine andre den Zuschlag der Maschinenleiter zu bezahlen mit der Begründung, daß in der tarifamtlichen Bekanntmachung davon nichts zu lesen sei. Bezirksvorsitzender Wessmann stellte die irrtümliche Ansicht richtig. Unter Gunvortheber Prof. (Weimar) hielt darauf ein äußerst interessantes Referat über: „Die Lage im Gewerbe“. Kollege Schumann (Hildburghausen) stellte den Antrag, auf dem Verhandlungswege bei den Prinzipalen des Bezirks dahin zu wirken, daß ein Kartoffelbeihilfenbeihilfe gewährt wird. Der Bezirk ließ Kartoffelüberhörsgebiell und dennoch koste der Zentner Speisekartoffeln 70 bis 80 Mk. Zum Schluß wurde der Bezirksbeitrag von 50 Pf. auf 1 Mk. erhöht.

Hamburg a. d. S. In der hiesigen Druckerei von Gottfried Päß (Inhaberin Frau M. Geers) ist es insofern Differenzen zur Kündigung des Personals gekommen. Etwaige Konditionsangebote sind abzulehnen.

Veröffentlichungen

In Nr. 126 der Zeitschrift zum „Korr.“ sind zwei Irrtümer enthalten, die richtiggestellt werden müssen. Zunächst wird in Berliner Verammlungsberichte bemerkt, daß die Hilfsarbeiter von der für die Gehilfen fälligen tariflichen Novemberzulage 80 Proz. zu bekommen hätten. Dies ist nur in beschränktem Umfang zutreffend, und zwar nur für die männlichen Hilfsarbeiter im Alter von über 21 bis 24 Jahren. Im übrigen aber regelt sich der anteilige Betrag an dieser Gehilfenzulage nach wie vor nach den Reichstariflöhnen, wie sie auf S. 82 des Deutschen Buchdruckerparis enthalten sind.

Ferner ist in einem Düsseldorf Bericht die Behauptung aufgestellt, daß nach einer Entscheidung des Tarifamts die Stunde am Montag früh von 6 bis 7 Uhr als Sonntagsarbeit entschädigt wird. Diese Entscheidung trifft nur insoweit zu, wenn nur am Montag um 6 Uhr mit der Arbeit begonnen wird, während an den übrigen fünf Tagen um 7 Uhr festgelegt ist. Wird dagegen an allen Tagen der Woche um 6 Uhr mit der Arbeitszeit begonnen, dann fällt auch am Montag die besondere Entschädigung für Sonntagsarbeit für die Stunde von 6 bis 7 Uhr weg.

Buchbindern zu überwinden sind infolge der Tatsache, daß sechs Unternehmerorganisationen mit der Gehilfenvertretung am Verhandlungstische sitzen, gelang es doch, innerhalb dreier Tage zu einem vorläufigen Ergebnis zu kommen. Das Abkommen sieht für die erste Dreiklassen neue Stundenzuschläge vor in Höhe von 1,10 Mk. für das erste bis vierte Gehilfenjahr und von 1,50 Mk. für die Zeit nach dem vierten Gehilfenjahr für ledige Arbeiter. Verheiratete Gehilfen erhalten in allen Altersklassen 1,75 Mk. Zulage. Ferner erhalten Arbeiterinnen unter 16 Jahren 60 Pf., vorgebilde Arbeiterinnen über 16 Jahre im ersten Halbjahre 60 Pf., im zweiten Halbjahre 80 Pf., geübte Arbeiterinnen über 16 Jahre in allen Altersklassen 1 Mk. pro Stunde mehr. Diese Zulagen werden auf die seitherigen Löhne gezahlt, und zwar ab erster voller Lohnwoche im November. Bereits Ende November sollen neue Verhandlungen stattfinden, um die dann gegebene Lage zu überprüfen. Mit der diesmal erstellten Zulage werden in der ersten Dreiklassen Spitzenlöhne erreicht von 7,95 Mk. für ledige Gehilfen, von 8,50 Mk. für verheiratete Gehilfen, von 4,95 Mk. für Arbeiterinnen. Der seitherige Zuschlag von 90 Proz. auf die Akkordgrundlöhne des Reichsakkordtarifs wird auf 120 Proz. erhöht. Akkordarbeiter und -arbeiterinnen, die nicht nach diesem Akkordtarif entlohnt werden, erhalten die neuen Zulagen als feste Sätze.

Offene Stellen für befähigte Gewerkschafter. Durch den Zentralstellennachweis des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Berlin SO 16, Engelstr. 24) werden gesucht: Gewerkschaftssekretär zum 1. Januar 1922 für Neudamm. Verbindung: zehnjährige gewerkschaftliche Organisation. — Gewerkschafts- und Arbeitersekretär zum 1. Januar 1922 für Benrath a. Rh. Auch für die Organisation der Betriebsräte. Auftrag über: „Die Aufgaben eines Betriebsrats- und Arbeitersekretärs“ ist beizufügen. — Betriebsratssekretär für Barmen-Elberfeld. Erste Kraft, mindestens fünf Jahre organisiert. — Ausführenden Bewerbungen sind an die genaunte Zentrale zur Weiterbeförderung möglichst sofort einzusenden.

Kartoffelwucherfreiheit in höchster Potenz. Die Mehrheit der Ernährungsminister hat sich auf ihrer Konferenz in Oldenburg dafür ausgesprochen, daß nichts gegen den Kartoffelwucher und zur Milderung der Versorgungsanarchie unternommen wird, das wirklichen Erfolg haben könnte. Man fristete lediglich schon bestehenden, aber nie eingehaltene oder richtig durchgeführte Gesetze (wie man sagt: alte Adenbiller) wieder auf, die schon bisher nichts gegen die Wucherer ausrichten konnten und über die sich auch weiterhin die Kartoffelwucherer mit Fächeln hinwegsetzen werden, wenn nicht wirklich nachdrücklich vorgegangen wird. Nur wenn bis zum Eintritt des Frostes eine Entspannung der Lage nicht herbeigeführt wird, ist die Konferenz der Mächtigen, daß eine Bestandsaufnahme (2) zwecks Vorbehaltung weiterer gesetzlicher Maßnahmen (?) anzuordnen sei. Eine neue Preisstimmgebung, die von der Regierung ausgeht, beruhigt, ermahnt, verurteilt und hofft auch nur, daß durch die Einsicht aller Kreise eine weitere Preissteigerung nicht nur unterbleibt, sondern ein Preisabwärtis stattfindet. Darauf wird aber die Verbraucherlichkeit vergeblich warten. Der schädliche Landwuch nicht an seine 60000 Mtallder erneut einen Appell, die eingesehnen Verbraucher und auch die sachlichen Großhändler, die kaum oder nicht einmal den Tagesbedarf decken können, durch die landwirtschaftlichen Abgabegossenschaften zu verfordern. Ein Kartoffelkrieg müßte nach Strafen vermieden werden. In Eilen fand eine vom Bezirksausschusse der freien Gewerkschaften veranstaltete Massendemonstration von Arbeitern, Beamten und Angestellten gegen den Lebensmittelwucher statt, was überall zur Nachahmung empfohlen werden kann. Gegen den Wucher muß Durchgreifendes geschehen. Während das Volk unter der Last der Wucherpreise (schon bis über 100 Mk. für den Zentner) litt, werden in Berlin vor dem Preussischen Ministerium des Innern „deutschnationale“ Kartoffeln zu 20 Mk. für die „Hausangestellten“ abgeben, zu denen auch die Herren Wehrmänner gehören! Sonst halten es die Großagrarien und Händler für selbstverständlich, daß die Anpassung der Kartoffelpreise an die Weltmarktpreise zu geschehen hat, die bei der kolossalen Entwertung der Mark bis ins Unendliche gehen müßte. Sie fragen aber nicht danach, ob der Arbeiter bei seinem Lohne, der dieser Ausgabe entspricht, diese Preise bezahlen kann. Auch die andern mittelbar oder unmittelbar interessierten Verbraucher der uneingeschränkten Freiheit auf die Seiten der Verbraucher, wozu fast alle Unternehmer gehören, lassen den Wucher unüberwindlich stehen, ohne zugleich auch Ausgleichslöhne zahlen zu wollen. Lendenlamme Proteste

und die „Aufregung“ gewisser Leute, wie die vom „Lokalanzelger“ in Berlin, die durch ihre Politik den Wucher mit auf dem Gewissen haben, wirken nur komisch. Wenn auch teilweise die Landwirte zu annehmbaren Preisen verkaufen, so lassen sich die meisten die Preisfreiheit doch gefallen, halten weiterhin zurück oder misen ein, um im Winter vielleicht 150 Mk. und mehr daraus zu schlagen. Gegenüber dem Frieden mit 52 Mill. Tounen sind nur etwa 26 Millionen bei geringerer Anbaufläche geerntet worden, von dem aber die zur Ernährung notwendigen 8 Millionen mit Leichtigkeit sichergestellt werden könnten, wenn nicht so viel verkorben, verfiltert und über Gebühr in den Stärkefabriken, Erzeugnissen und Brennerien verarbeitete würde. Wie man in allen Staaten Vorzüge trifft, ist man auch in Bayern in Erwartung einer Ernährungsreform dazu übergegangen, eine Landesreserve von Kartoffeln zu schaffen und erst bei der Unterfügung der Landwirtschaft. Auch von vielen Gemeinden, die erst in die Versorgung nicht eingetreten wollten, um nicht gleichfalls preissteigernd zu wirken, wie alle Verkäufer, werden jetzt Anhalten getroffen, um die schlimmste Not der ganz Armen abzuwehren. Glauchau i. Sa. wünschte 2000 Ztr. zu billigerem Preise für die Armen, aber auf eine Anfrage an alle landwirtschaftlichen Vereine des Bezirks antworteten nur zwei. Unter solchen Umständen ist es kein Wunder, wenn die Verbraucher Selbsthilfe üben, wie z. B. in Gersdorf i. Sa. die Betriebsräte der Kaisergrube, die auf einem Rittergute 1000 Zentner zum Nichtpreise beschlagnahmten. Im Dorfe Ermstedt i. Th. hat ein Teil der Landwirte billige Kartoffeln zu 30 Mk. den Zentner zur Verfügung gestellt, die der minderbemittelten Bevölkerung Erlauts zugute kommt. Die Arbeiterchaft wird aber im übrigen leben müssen, wo sie bleibt, wenn die Regierung Sermes nicht noch in letzter Stunde fahrlässig eingreift. Bis zu 135 Mk. für einen Zentner, das ist ein Schandall!

Briefkasten

D. G. in B.: Wird aufgenommen. — **H. S. R.:** Mit anderer Überschrift und unter Streichung des ersten Teiles (bis Unvollständigkeit), der ein überflüssiges Adressennenn darstellt, kann Veröffentlichung erfolgen. — **Dr. D. in G.:** Wenn Sie darauf bestehen: „ohne Änderungen oder Streichungen“, dann erfolgt Ablehnung. Sonst mit einigen Änderungen, die nur Freiräume beizugehen sollen. — **H. G. in T.:** Eintrag zur Veröffentlichung, aber unter Streichung der ersten fünf Zeilen, die auf keinem Datum beruhen, der uns ledig Spatz gemacht hat. — **W. W. in W.:** Müß seiner Wichtigkeit wegen bevorzugt werden; hätten Eintragung gern schon einige Tage früher gehabt. — **S. A. in S.:** Das ist aber doch gar nichts Neues, ist schon im „Korr.“ behandelt und im Verkaufsstelle besprochen worden! Die Meinungen geben darüber keine Auskunft, sonst im Kollegienrat auseinander. Ihr Artikel würde nur wieder Streit erregen und viel Raumkosten in Gedeule haben. Wir wollen abwarten, ob noch mehr kommt und was dann über Aufnahme einschließen oder für Abwechslung an Gehilfenvertreter. — **Stempe-Werk:** Es folgen zur Erwiderung das Wort erhalten, aber der dazu verlangte Raum ist doch wohl ungebührlich groß. Wir werden daher sorgfältig Eintragungen vornehmen. — **S. M. in B.:** Ihr grundsätzliche Ablehnung des angehängten Artikels liegt keine Veranlassung vor, aber Sie würde lange zu warten haben, einmal, weil nicht dringlich genug, weil schon zu viel vorliegt. Wir können Sie ledig nicht aufnehmen. — **G. B. in S.:** Im Grunde, man beklagt sich schon, daß wir zu viel aufnehmen. Das stimmt auch über. Wer sich nicht von größeren Gesichtspunkten lassen lassen kann und obendrein wortgetreue Aufnahme von wirklich nicht neuen Ausfühungen fordert, der verlangt Raumverwendung von uns. Das kann aber doch nicht sein. — **G. R. in B.:** Ist der Typular Verbandsmitglied? — **F. B. in W.:** In Der Ton liegt auf der Seite „ob“. 2. Anfalliger Wiberstand.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissostr. 5 II.
Fernsprecher: Amt Aurlf. Nr. 1191.

Mannheim. Die Firma S. Hübners Nachfolger (Krieg & Deyher) in Annweiler (Pfalz), „Annweiler Wochenblatt“, ist tarifunten und daher für Verbandsmitglied und tarifrecht Gehilfen gesperrt. Zuwiderhandlung verfallen dem Ausdruß aus der Organisation und der Tarifgemeinschaft.

Berammlungskalender

Berlin. Maschinenleherverammlung Sonntag, den 6. November, vormittags 10 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Odmstr. 2.
Dortmund. Bezirksversammlung Sonntag, den 6. November, vormittags 10 Uhr, im „Schwarzen Raben“ zu Norimund, Banfstr. 2.
Dresden. Maschinenleherverammlung Sonntag, den 6. November, vormittags 10 Uhr, im „Vollbau“ (Saal 2).
— Maschinenleherverammlung Sonntag, den 6. November, vormittags 10 Uhr, im „Genseler“ Kaufhausstraße.
Erfurt. Maschinenleherverammlung Freitag, den 4. November, abends 8 Uhr, im „Großen Aurlf.“.
Merseburg. Verammlung Sonntag, den 5. November, abends 8 Uhr, im Restaurant „Preussischer Adler“.
Pilsen i. B. Verammlung Sonntag, den 5. November, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftsbau „Schiller-garten“.
Naberg. Verammlung Sonntag, den 5. November, abends 8 Uhr, im „Pillinger Hof“.

Rundschau

Nachmenswerkes Beispiel. Die ab 15. November fällige Zulage von 25 Mk. pro Woche zahlt die Buchdrucker G. Koppe in Leipzig, Albrechtstr. 10, schon seit 10. Oktober. Wenn kleine Druckereien sich entgegenkommend zeigen, dann müssen große es erst recht können.

Die neuen Faktorengehälter. Auf Grund einer Verhandlung im Hauptausschuß der Vertragsgemeinschaft der Prinzipale und Faktoren des deutschen Buchdruckerwerkes am 24. Oktober sind die Gehälter endgültig festgelegt. Ab 1. Oktober beträgt das Gehalt ohne Lokalaufschlag in den Gruppen A, B und C 1730 Mk., 1610 Mk. und 1430 Mk., der dazu kommende Prozentfuß des Lokalaufschlags kann leicht errechnet werden. In Hamburg werden in den Gruppen A, B und C 2370 Mk., 2205 Mk. und 1960 Mk. gezahlt. Ab 15. November erhöhen sich die Gehälter in sämtlichen Gruppen und in sämtlichen Orten um monatlich 110 Mk. In Berlin machen die Sätze ab 1. Oktober 2460 Mk., 2295 Mk. und 2085 Mk. aus; dazu kommt die Vereinbarung der Berliner Gewerkschaft vom 24. Oktober im Betrage von 35 Mk., so daß sich die Gehälter erhöhen in Gruppe A auf 2495 Mk., B 2330 Mk., C 2120 Mk. Wenn im November keine tariflichen Lohnverhandlungen stattfinden, erhöhen sich auch hier die Sätze ab 15. November um 110 Mk. monatlich. In Berlin ist außerdem für kurze Nacharbeit ein besonderer Zuschlag von 20 Proz. und für lange Nacharbeit ein Zuschlag von 25 Proz. zu zahlen.

Ergebnis der neuen Lohnverhandlungen im Buchbindergewerbe. Nachdem vor kurzem erst die endgültige Erledigung der Ortsklasseneinteilung für das Buchbindergewerbe im Verhandlungswege erfolgt ist, kam es am 30. Oktober in Weimar zu Verhandlungen über ein neues Lohnabkommen. Trotz der Schwierigkeiten, die bei den

Durchaus selbständiger erster
Mkzidenzseher
der auch im Katalog- und Tabellen-
Erklärung haben muß, in militäre
Büchdrucker- und Buchdruck-
Stellung gesucht.
Angebote unter Nr. 423 an die Ge-
schäftsstelle D. B. erbeten.

**Geübter
Typographseher**
mit guten Maschinenkenntnissen (Unter-
verfal B) zum 14. oder 21. November
in Vauerstellung gesucht. [430]
Angebote mit Zeugnisabschriften und
Lohnforderung erbeten.
Weber & Weidmeyer, Kassel.

Einigungen an den „Korr.“
Spezial für Deutschlands Buchdrucker
auf Postfachkonto Leipzig Nr. 613/28

Guter, korrekter
Linotypseher
guter Maschinenkennner, für neuen Drei-
decker sofort gesucht. Beziehung über
Tarif. [435]
Buchdruckerei Schillman,
Sorb (Meckl.).

Typographseher
für A- und U-Maschine gesucht.
Ängere Praxis und genaue Maschinen-
kenntnis erforderlich. [440]
Angebote mit Gehaltsansprüchen an
Buchdrucker Louis Koser,
Göttingen, Weenderstraße 11.

Typographseher
Modell B. sofort gesucht. [432]
„Pillinger Anzeiger“, Goh. Emmertich,
Pillingen (Saargebiet).

Mehrere
Typographseher
für B-Maschine in selbständiger, dauernde
Stellung gesucht. [407]
Wilhelm Preusse & Co., G. m. b. H.,
Eisenkürchen.

Buchdruckmaschinenmeister
perfekter Illustrations- und Farben-
drucker, gesucht. [426]
Kunststoffwerk Serz & Co.,
Münberg, Bucherstraße 76.

Schweizerdegen
ledig, hauptsächlich Seher für Zeitung
und Anzeigen, möglichst für sofort ge-
sucht. [423]
Buchdruckerei Semmann,
Gerdaun (Ostpr.).

Typsetzer
Monolineseher
zum 7. November in angenehme,
dauernde Stellung gesucht.
Nationaldruckerei Hamburg 22,
Holl, Kamp 104.

Zum sofortigen Eintritt suchen wir
noch zwei [399]

Monotypseher
für D-Zeiler, ferner tüchtige
Monotypseher
Offerten mit Lohnforderungen an die
Hilfenrolische Buchdruckerei
Georg Richter, Erfurt.

Für unsere Maschinenlehre, Abteilung
Zeltungslehre, suchen wir einen ge-
wunden [227]

Monolineseher
dem Gehaltsbeholden wird, sich auf
der Linotype auszubilden.
Verlagsanstalt „Ostendberg“,
Stollenz, Schloßstraße 8.

**Typsetzer, lediger
Galvanoplastiker**
für Wachverfahren, der auch in der
Nachherstellung arbeiten kann, zum baldigen
Eintritt gegen gute Bezahlung für
dauernde Stellung gesucht. [424]
Verlag Josef Häsel & Friedr. Puffert,
Kommunistenlehre, Verlagsabteilung,
Regensburg.

Verbandsanwal (B. D. D.) in echt
recht S. Siegl, München 9.

Werkfätige!



Einsichtige!

Steigert die Zinskraft eurer Ersparnisse! Erwerbt

Teilschuldverschreibungen

der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg
in Stücken zu 500, 1000, 5000 oder 10 000 Mark.

Verzinsung 5 1/2 Prozent im Jahr.

Bedruckte Bedingungen sind in allen Consumvereinen zu haben oder abzufordern bei der
Größeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg, Besenbinderhof 52

Deutscher Buchdruckerkalender 1922

Auf Wunsch einiger größerer Orte verlängern wir den Einsendetermin der ausgefüllten Bestelllisten bis zum 10. November. Die bekanntgegebenen Vorzugpreise von 7 und 11 Mark gelten ebenfalls bis zu diesem Tage. Für später eingehende Bestellungen erhöht sich der Preis für broschürierte Kalender auf 8 Mark, für gebundene auf 12 Mark. Die Belieferung dieser Bestellungen können wie nicht bestimmt zuzuführen, weil die Auflage nach den bis zum 10. November vorliegenden Eingängen festgesetzt wird. Ein Nachdruck ist der hohen Kosten wegen nicht möglich. Wir ersuchen deshalb, alle Bestelllisten bis zum 10. November einzufenden. Der Druck muß an diesem Tage beginnen, damit der Kalender noch vor Weihnachten in die Hände der Besteller gelangt.

Mit kollegialem Gruß!

Verlag: Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker G. m. b. H.
Leipzig, Salomonstraße 8 + Postfachkonto 53430

Berein „Kloppholz“ Leipzig

Sonnabend, den 12. November, im „Krisfallpalast“:

48. Stiftungsfest

unter Mitwirkung hervorragender Kräfte.

Konzert Vorträge Ball

Einlaß 6 1/2 Uhr. — Anfang 7 Uhr. — Gastprogramme a 2 Mk.
Programmabgabe: Sonnabend den 5. und Freitag, den 11. November,
im Vereinslokale von 5 Uhr ab. 1434

Mäfers Farbenlehre

mit einem Anhang auf der Grundlage der von Wilhelm Ostwald geschaffenen wissenschaftlichen Farbenlehre ist sieben erschienen.
Preis des gebundenen Exemplars 15 Mk.

Hierzu ist, entsprechend umgefaßt, Mäfers Farbkasten mit 18 Farben und je einer Farbe schwarz und weiß wieder vorrätig. Preis 20 Mk.

Porto und Verpackung besonders!

Verlag von Julius Mäfer in Leipzig-Neudorf.



Neue, große Regen- und Mischfaherlinge, etwa 3 Jhr. Länge 410 Mm., 1/2 Tonne 225 Mm., 1/4 Tonne 140 Mm., 1/8 Tonne 70 Mm., Pollack 24 Mm., dgl. 1. To. 325 Mm., 1. To. 175 Mm., 1. To. 115 Mm., 1/4 To. 62 Mm., Pollack 20 Mm., Pöfische Kräher, 39 Mm., Bismarcker, od. Wollmops 1e 38 Mm., Getilbärl, 6,50 Mm. p. Pfd. S. Pelow, Hamburg 30 A 86.

Bintypefeger

zehn Jahre Praxis, leicht, schnell, gewissenhaft, guter Maschinenkennner; als Erster mit Erfolg tätig gewesen, sucht sofort Stellung in Berlin. Beste Zeugnisse zur Verfügung.
Offerten an Bartsche, Neuhäfen, Kölnische Allee 187. 1437

Verleger: Joseph Seib in Berlin. — Verantwortlicher Redakteur: Karl Helmbold in Leipzig Salomonstraße 8 (Telephon 14111). — Druck: Radell & Sille in Leipzig

In welcher Buchdruckerlei?
In welchem Ort?

ist jungem, stoltem, strebsamem
Schriftsetzer

Gelegenheit geboten, sich im
Mehrschichteweise weiter auszubilden? Wenn möglich Dauer-
stellung. Eintritt 14 Tage nach
Engagement.
Gefl. Offerten unter N. B. 427
an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Tüchtiger, strebsamer

**Mhizidenz-
und Inzeratenfeger**

24 Jahre alt, wünscht sich zu verändern.
Eintritt 14 Tage nach Engagement. 1404
Gefl. Angebote erbitten!
Sturt Wählisch,
Glashütte (Sa.), Bergstraße.

Jünger, fleißiger
Mhizidenzsetzer

(19 Jahre alt) sucht zur Weiterbildung
im besseren Mhizidenzsetzer sofort Stellung
in Leipzig.
Offerten erbeten unter Ku. 433 an
die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Zwei Monolinefeger

suchen dauernde Stellung, wenn irgend
möglich in einer Kondition. Nähe
Berlins bevorzugt.
Offerten erbeten unter Nr. 429 an die
Geschäftsstelle dieses Blattes.

Maschinenmeister

(jüngerer), perfekt an Schnell- und
Siegeldruckpressen, im Werk-, Mhizidenz-
und Autotypdruck, sucht dauernde
Stellung.
Offerten unter Nr. 431 an die Ge-
schäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Jünger, tüchtiger
Maschinenmeister

guter Drucker an Schnellpresse und Siegel,
wünscht sich sofort zu verändern. 1428
Gefl. Angebote sind zu richten an
Wilhelm Gauschner,
Sommerberg-Schneide (Rhein),
Lauerstraße 116.

Leipzig! Junger, stotter
Siegeldrucker

sucht in Leipzig dauernde Stellung.
Offerten erbeten an G. Trepte, Leipzig,
Lindenau, Mari-Heine-Straße 60. 1438
Leipzig!

Wo wird 22-jährigem
Schweizerdegen

Gelegenheit geboten, sich als Biotype-
feger auszubilden?
Gefl. Offerten unter „Wissen ist
Macht!“ 436 an die Geschäftsstelle dieses
Blattes erbeten.

Durchaus erfahrener und zuverlässiger
Monotypsetzer

wünscht sich in Berlin in Dauerstellung
zu verändern. 1439
Offerten mit Lohnangabe erbeten an
R. Herrmann, Berlin NW 21,
Bremer Straße 52 hochparl., bei Struch.

Verband der Deutschen Buchdrucker

Zur Erlangung von Entwürfen für eine geeignete

Neujahrskarte

wird hiermit ein

WETTBEWERB

ausgeschrieben, an dem sich alle Mitglieder des Verbandes der
Deutschen Buchdrucker beteiligen können.

BEDINGUNGEN: Der Text soll lauten: „Zum Jahreswechsel
entbieten wir allen Mitarbeitern und Förderern unseres Verbandes
die herzlichsten Glückwünsche! Ein schweres, sorgenvolles Jahr liegt
hinter uns. Möge das beginnende Jahr uns allen sichvollere Tage
und eine bessere Zeit bringen. Der Vorstand des Verbandes der
Deutschen Buchdrucker.“

Das **FORMAT** soll handlich sein; weitere Beschränkung wird
nicht auferlegt.

Alle **FARBEN** dürfen bis drei verwendet werden.

Als **MATERIAL** sollen möglichst Schriftgießerei-Erzeugnisse ver-
wendet werden; selbstgezeichnete feine Wignetten sind zulässig.
Erwünscht ist auch die Beifügung eines zur Karte passenden Briefumschlages.

Spätester Termin der Einbringung ist der 20. November. Die Entwürfe sind
mit einem Kennwort zu versehen; ein mit demselben Kennwort versehener
Briefumschlag, der die Anschrift des Bewerbers enthält, ist beizufügen. Die
Entwürfe sind an den Verbandsvorstand, Berlin SW 29, Chausseepark 5, zu
richten. Es werden zwanzig Preise ausgesetzt, und zwar: 1 Preis zu 150, 125,
100, 75, 50 Mark und 15 Preise je zu 30 Mark. Von einem Bewerber können
mehrere Entwürfe eingekandt werden, er kann aber nur einen Preis erhalten.
Die eingehenden Arbeiten werden vom Vorstand des Bildungsverbandes der
Deutschen Buchdrucker bewertet; die Ausföhrung eines Entwurfes behält sich
der Verbandsvorstand vor. Zu jährlicher Beteiligung an diesem Wettbewerb
fordert die Kollegenschaft auf Der Verbandsvorstand.

Brieflichen Kalkulationsunterricht

erteilt nach dem Deutschen Buchdruckerpreislarif. Druckkostenkalkulationen werden
bislang ausgeführt.
Kalkulationsbureau Valentin Arbogast, Freiburg i. Br., Schwarzwalddlr. 91.

Teilzahlung

Gute Waren zu soliden Preisen

Katalog
mit 1000 Abb. kostenlos

Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen!

Uhren, Zimmeruhren, Gold-,
Alfenside-, Lederwaren, Koffer,
Taschen, Lederwaren, Musik-
instrumente und Sprechapparate,
Kameras, Rollgläser, -Sohlrma,
Haarschmuck, Kämmen, Parfüme,
Reisartikell und Pfeifen

Prak- Be-
tische sohenke

Jonass & Co. Berlin 8407

Belle-Alliance-Strasse 7-10



Vogel

Deutsches grammatisch-
orthographisches
Nachschlagebuch

Ein alphabetisch geordnetes
Nachschlagebuch zum Gebrauch
für jeden, der Wert darauf legt,
sich in Deutsch zu sprechen u. zu
schreiben. Ein Hauptvorteil liegt
in der grammat. Behandlung der
ausgenommenen Wörter (Sil-
benrennung, Groß- od. Klein-
schreibung, Deklination usw.).
Durch jede Buchhandlung
zu beziehen.

Langenscheidtsche Verlagsges.
handlung, (Verleger)
B. Langenscheidt
Berlin-Schöneberg
Vahlfstraße 29/30

24
Mk.

viereg. ortsbill. Zuschl.,
(Direkt vom Verlag 20%).

**Typographiemaschinen,
Siegeldruckpressen,
Anlageapparate,**

Größtenteils, Matrizen usw. repariert
schnell und preiswert. Monteur zur Ver-
fügung. Erstklassige Referenzen. 158
Karl Hermann, Leipzig-Connewitz,
Wiedermannstraße 27. (Tel. 35483.)

Schregale und Kästen

solche Formregale, Schregale, Wachs-
liche, Wägen- und Farbenregale, Sch-
reiber usw. liefern in bester Ausführung
ab Lager.

Bejner & Moll, Düsseldorf,
Graf-Adolf-Strasse 112.

Käse

in anerkannt guter, garter,
schmackhafter Qualität, in
Brotlen von etwa 9 Pfd.,
11,20 Mk. per Pfd., alles
franko einschließl. Verp., Nachn., Nach-
weisbar laufende Nachlieferung. 1352
E. Herndruffer, Metterprodukte,
Altrahfeld (Erdoboll.), gegr. 1910.

Maschinenband

Erstklassig, liefern

Bejner & Moll,
Düsseldorf, Graf-Adolf-Strasse 112.

Reparaturen, Montagen

werden gut und billig ausgeführt von

Ludwig Marfenke,
Düsseldorf, Jordanstraße 7.

**Für den Buchdrucker die
Kurzschrift Rothbarth!**

Rothbarth

Hundertvoll einfach und leicht. Lerne
18 Zeichen und schreibe draußlos! Mutter-
schiff, Prospekt und Merkblatt gegen
Gabelschiff, 1. Aufl. 1 Mk. Verhändler
kampiert 18 Mk., auch brieflicher Unter-
richt. Erfolg garantiert. 1419
Fr. Rothbarth, Dresden 21.

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 20 Pfennig das Exemplar. Der Betrag ist bei Bestellung gleich mitzuführen.

Beilage zu Nr. 128 — Leipzig, den 3. November 1921

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Volkswirtschaft

Geldvermehrung — Preissteigerung — Lohnpolitik

Motto: „Märkte, ohne zu streiten!“

Wollte man die Frage beantwortet wissen, wie dicht denn das Fell sein müßte, das dem bis über die Ohren gezogen ist, der noch nicht gemerkt hat, wie groß die Spannung zwischen Lebenshaltungskosten und Lohn ist, und daß sie immer noch größer wird, so kann man ruhig mit Metern rechnen und hat dann immer noch vielstellige Zahlen. Die Preissteigerung ist geblieben, ist fortwährend. Es heißt für die darunter Leidenden, das sind die Arbeiter im weitesten Sinne, die Preissteigerung zu vermeiden oder sich ihr anzupassen versuchen. Aufhalten oder durch, das sind die zwei Punkte. Das erstere ist wohl mit nur noch schlimmeren Folgen möglich, das zweite wird notwendig sein.

Weil wir durch die Preissteigerung hindurch müssen, läßt es die Frage berechtigt erscheinen, ob es nicht möglich war, die Preissteigerung zu vermeiden? Untersuchungen wir also, wie und wodurch sie entstehen mußte, dann beantwortet sich die Frage von selbst.

Selbstverständlich ist die mehr oder weniger rohe Quantitätstheorie bekannt, die besagt, daß die umlaufende Geldmenge maßgebend für den Preisstand ist. Der Preisstand fällt, wenn die umlaufende Geldmenge vermindert; er steigt, sobald die umlaufende Geldmenge vermehrt wird.

Bei dem Austausch einer Million Tannen Waren eine Geldmenge von 1 Milliarde Mark vorhanden, so werden zum Kauf einer Tanne Durchschnittsware 1000 Mk. und für 1 kg 1 Mk. erforderlich sein. Wird nun die umlaufende Geldmenge verdoppelt oder verdreifacht, während die Warenmenge aber die gleiche bleibt, so werden zum Kauf von 1 kg Durchschnittsware nunmehr 2 bzw. 3 Mk. erforderlich sein.

In Selbst 1 und 2 der „Annalen des Deutschen Reiches“ ist im Jahre 1916 von Dr. Th. Christen in wissenschaftlicher Form mit exakt mathematischer Begründung die sogenannte bereinigte Quantitätstheorie veröffentlicht worden, die nicht nur die Menge des umlaufenden Geldes zur Warenmenge berücksichtigt, sondern auch die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes beachtet. Unter diesen Gesichtspunkten ist es ohne Belang, ob die Geldmenge oder die Umlaufgeschwindigkeit verdoppelt wird; in jedem Falle wird bei gleichbleibender Warenmenge eine Verdoppelung des Preisstandes die Folge sein.

Wenn zwei Hundertmarkscheine im Laufe des Jahres je 50 mal in andere Hände übergehen, d. h. zum Kauf von Waren und Dienstleistungen verwendet werden, so ist das in der Wirkung dasselbe, als ob ein Hundertmarkschein 100 mal Nachfrage hält. Es werden so oder so immer für 10000 Mk. Waren gekauft, denn $2 \times 50 \times 100 = 100 \times 100 = 10000$.

Es ist somit festzustellen, daß die Vermehrung der Geldmenge und die Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit Ursachen der Preissteigerung sind. Weiter ist zu beachten, daß man auch nur dann einen genau zu bestimmenden Einfluß auf den allgemeinen Preisstand ausüben kann, wenn man neben dem Verhältnisse der umlaufenden Geldmenge zur vorhandenen Warenmenge auch die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes regeln kann.

Durch Geldvermehrung und Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes werden demnach die Veränderungen des allgemeinen Preisstandes hervorgerufen. Man mißt diese mit den sogenannten Indizes. Man unterscheidet Großhandels- und Kleinhandelsindizes. Sie werden auch Steuerungsindizes genannt. Das StW. (Statistisches Reichsamt), viele Städte, Calwer usw. stellen sie mit auf. Diese Steuerungsindizes bilden aber keine zuverlässigen Maßstab für die Preissteigerung. Manche ins Gewicht fallende Ausgaben sind weggelassen, für andere wieder sind statt hochwertiger Waren minderwertige eingestellt. Die Steuerungsindizes sind infolgedessen auch wesentlich niedriger als die Großhandelsindizes, die mittels der gleichen Waren gemessen werden (z. B. April 1921: 894 gegen 1216 bzw. 1323). Die Großhandelsindizes sind entschieden zuverlässiger. Man errechnet sie auf zwei Arten. Die einfachere, doch ungenauere ist die bloße Zusammenzählung einer bestimmten Anzahl von Preisen wichtiger Waren, deren Summe durch die Anzahl der zusammengezahlten Preise geteilt wird.

a) Erstes Beispiel: Von 1913 bis Mai 1921 errechnete das StW. nach dieser einfachen Art die Großhandelsindizes von folgenden 18 Waren: Roggen, Weizen, Hafer, Gerste, Karloffeln, Roggenmehl, Weizenmehl, Zuckerrübe, Zucker, Hafer, Erbsen, Bohnen, Erbsenmehl, Zinn, Eisenblech und Braunkohle. Die Preise dieser Waren ergaben eine Summe von 2700. Diese wird durch die Anzahl der zusammengezahlten Warenpreise geteilt: $2700 : 18 = 150$. Das wäre dann die Durchschnittsziffer, nehmen wir an für April 1914.

b) Zweites Beispiel: April 1921. Die Summe der Preise dieser 18 Waren gleicher Menge betrug nun 3283.2. Geteilt durch 18 = 182.4. Dies also wäre die Durchschnittsziffer für April 1921.

c) Drittes Beispiel: Um nun den Grad der Preissteigerung zu messen, teilt man die Durchschnittsziffer von April 1914 gleich 100 und demzufolge auch die von 1921 = 1216.

Das ist dann die Indexziffer; die Preissteigerung betrage 1216 Proz.

Diese Berechnungsart ist aber nicht so genau, besser schon ist folgende, die die „Verbrauchszahl“ und „Verkaufszahl“ (auch Gewichtszahl) mit einrechnet. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der einzelnen Waren kommt dabei mehr zur Geltung. Das StW. berechnet erst seit Juni 1921 nach dieser „gewogenen“ Art und kommt dabei auf entsprechend höhere, aber genauere Ziffern.

Beispiel: Der Berechnung werden folgende Warengruppen zugrunde gelegt:

Warengruppe	Verkaufszahl	Verbrauchszahl
I. Roggen, Weizen, Gerste, Hafer, Karloffeln	30	30
II. Weizen, Schmalz, Zucker, Rindfleisch, Kalbfleisch, Schweinefleisch, Schaffleisch, Mafelbau	10	10
III. Bohnen, Mais, Kaffee, Tee, Pfeffer	3	3
IV. Obst- und Gemüse, Kartoffeln, Sojabohnen, Getreide	1	1
V. Baumwolle, Baumwollgarn, Getreidesämereien, Getreidemehl, Getreide	4	4
VI. Zinn, Kupfer, Zink, Eisen, Aluminium, Nickel, Petroleum	3	3
VII. Rohelien, Steinhohlen, Braunkohlen	15	15

Von jeder Warengruppe werden zunächst die Durchschnittsziffern (A) errechnet (siehe z. B. bei Gruppe I, indem man die Summe der Preise der fünf Waren durch 5 teilt). Dann wird auf Grund des Durchschnitts einiger Jahre festgesetzt, in welchem Verhältnis der Verbrauch der einzelnen Warengruppen zueinander steht. Man gewinnt so die Verteilungszahlen (B). Dann werden die Gruppenschritte mit den Verteilungszahlen vertrieht und die Endergebnisse (C) zusammengestellt. Diese Summe (D) wird dann geteilt durch die Summe der Verteilungszahlen (E). Es ergibt man die Indexziffer (F). Nehmen wir folgende Zahlen an:

Warengruppe	Gruppenschritte (A)	Verteilungszahlen (B)	Ergebnis (C)
I	1300	30	39000
II	1200	10	12000
III	1500	3	4500
IV	900	1	900
V	1500	4	6000
VI	1300	3	3900
VII	1400	15	21000
7	9100	66 (E)	87300 (D)

$$87300 : 66 = 1323 (F)$$

Nach der ersten, einfachen Art würde man nur die Summe der Gruppenschrittziffern durch die Anzahl der Gruppen teilen, also $9100 : 7 = 1300$.

Bei beiden Arten der Berechnung werden also verschiedene Ergebnisse erzielt. Bei der zweiten sind sie genauer. Je sorgfältiger die Waren gewählt und je genauer die Verteilungszahlen und Verbrauchszahlen berechnet wird, desto zuverlässiger wird auch die errechnete Indexziffer sein. Somit kann hier festgestellt werden, daß die sogenannten gewogenen Großhandelsindizes den gegenwärtig zuverlässigsten Maßstab für Preisveränderungen bilden.

Nun ein Vergleich mit der Entwicklung des Geldverkehrs und unfres allgemeinen Preisstandes, da wir ja die Geldvermehrung als Ursache der Preissteigerung bezeichnen. Die Zahlen ergeben folgendes Bild:

Jahr	Monat	Umlaufende Geldmenge in Milliarden Mk.	Umlaufgeschwindigkeit des Geldes in Proz.	Großhandelsindexziffer
1914	15. Juli	5,76	100	100
1918	1. Nov.	26,15	453	—
1919	Januar	33,07	574	268
	April	37,15	645	294
	Juli	42,61	739	359
	Oktober	42,20	733	341
1920	Januar	50,06	869	1038
	April	59,47	1032	1251
	Juli	68,15	1183	1175
	Oktober	75,64	1313	1307
1921	Januar	81,39	1411	1260
	April	80,12	1390	1216
	Juli	84,56	1467	1425

¹ Bei der Geldmenge ist der Stand am Monatsersten, bei der Indexziffer der Monatsdurchschnitt eingeschlossen.

² 1914 Metall- und Papiergeld, von 1918 ab nur Papiergeld (Banknoten, Schecks und Reichsbankscheine). Man beachte, daß die umlaufende Geldmenge während des Weltkrieges (seit bis zur Revolution) auf das Dreierhalbfache der Vorkriegszeit vermehrt wurde, während die Revolutionen-regierungen die vorgelagerte Geldmenge innerhalb 2½ Jahren nur rechtlich verdreifachten.

³ Bei der Berechnung der Indexziffern 1919—1921 ist der Preisstand des Jahresdurchschnitts von 1913 zugrunde gelegt worden, da aber die Entwicklung von Kriegsausbruch bis heute gezeigt werden soll und der Preisstand im Juli 1914 gegenüber dem von 1913 fast unverändert ist — es kann sich höchstens um eine Veränderung von 1 bis 2 Proz. handeln, die gar nicht ins Gewicht fällt —, ist jener mit 100 eingeschlossen worden.

Es sei gestattet, zu bemerken, daß während und nach dem Kriege von nationalökonomischen Autoritäten und von staatlicher Seite behauptet wurde, daß zuerst die Preissteigerung da war und dann die Geldvermehrung erfolgte. Richtig ist jedoch, daß die Geldvermehrung der Preissteigerung voranging. Das ist der Be-

weis dafür, daß die Geldvermehrung die Ursache der Preissteigerung ist.

In den Kriegsjahren und in den ersten neun Monaten des Jahres 1919 kam die Geldvermehrung nur in geringem Maße zur Wirkung, da die Preise der wichtigsten Waren noch durch Zwangswirtschaft niedergehalten werden konnten und außerdem große Mengen Geldes verschafft, gehamstert, eben nicht angeboten wurden. Dann aber, von Oktober 1919 bis April 1920 zeigt sich ein starkes Ansteigen der Preislinie, die im April 1920 (gewogene Großhandelsindexziffer 1556) bis etwa 50 Proz. über die Geldlinie (1032) hinausgeht.

Die bereinigte Quantitätstheorie gibt uns die Erklärung hierfür: Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes hat stark zugenommen, da bei der starken Preissteigerung jeder bestrebt war, sein Geld rasch in Waren umzuwandeln, um der Wertentwertung zu entgehen und am Konjunkturgewinne teilzunehmen. So auch kam ein großer Teil der verfallenen Gelder zum Vorschein und Umlaufe. Das Steigen des Wechselkurses (März 1920), das nur durch den Kapp-Zug einige Tage gehemmt wurde, erleichterte die Einfuhr, erschwerte die Ausfuhr, steigerte das Warenangebot im Inland und drückte somit auf die Preise. Der einsetzende sogenannte Käuferstreik, besser Geldstreik, und die gewaltsamen Preisoberbungen förderten diese Entwicklung. Das Ansteigen der Arbeitslosenquote war die Antwort. Die Arbeit der Notenpresse brachte nun neue Milliarden auf den Markt. Der Wechselkurs sank infolgedessen und die Wirkung zeigte sich im dritten Vierteljahr. Die Preise zogen wieder an. Im letzten Vierteljahr 1920 und im ersten Vierteljahr 1921 sanken die Preise der Einfuhrwaren erheblich. Der Preisstand ging um ungefähr 10 bis 15 Proz. zurück und hielt auch bis zum Juni an. Wir können das als Auswirkung der Weltwirtschaftskrise auf dem deutschen Markte betrachten.

Nun aber kam eine neue Feuerungswelle, die durch die erneute beträchtliche Geldvermehrung, das Sinken des Wechselkurses und den Glauben an eine neue Preissteigerung (erzeugt durch die infolge Erhöhung des Brotpreises als unbedingte Folge angebotenen Lohnerhöhungen, die sich bei Erfüllung sofort in erhöhte Preise umleihen müssen) hervorgerufen wurde. Für Juli 1921 zeigte die Preislinie 1425. Die Steigerung nimmt außer einem größeren auch einen schnelleren Fortgang (bei Lohnabkommen ist dies zu beachten).

Wir müssen mit einer ungeheuren Preissteigerung rechnen, die wahrscheinlich die von 1919 und 1920 bedeutend übertrifft. Es ist unnötig, zu begründen, daß die Notenpresse nun wieder in viel stärkerem Maße benutzt werden wird. Ein Anziehen der Preise ist die Folge. Sobald nun die Preise mit Sicherheit steigen — das tun sie jetzt —, beginnt der Tanz von neuem. Die dem Umlauf entzogenen Banknoten (gehamsterte) kommen zum Vorschein, stürzen sich auf den Markt und treiben die Preise noch weiter in die Höhe. Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes also nimmt zu, die Schleier machen sich wieder breit, und dann — ist das ins Rollen gekommene Preisrad schwer wieder aufzuhalten.

Diese ungeliebte Preisentwicklung hat für die Lohnempfänger schon genug Opfer an Gesundheit und Leben gekostet und sie werden noch weiter gebracht werden müssen, wenn man wiederum in die alten Fehler verfällt und sich nicht zu durchgreifenderen Maßnahmen zur Behebung dieser wirtschaftlichen Not aufrafft. Es ist eine bittere Notwendigkeit, den Lohn den gestiegenen und mit Sicherheit weitersteigenden Preisen anzupassen. Alle eventuell als Lückenfüller vorhanden gewesenen Ersparnisse sind ja von 1918 bis 1920 vollkommen aufgebraucht worden. Was also nun? Eine weitere Verminderung des Sachlohnes ist einfach unerträglich und muß zu den schwersten Lohnkämpfen und Unruhen führen, die dann sicher einen ungewohnten Umlauf annehmen würden. Auf welche Summe die Lohnerhöhung auch festgelegt werde, ehe sie bewilligt und dann gar erst ausbezahlt ist, hat die fortschreitende Preissteigerung die Zulage schon längst auf einen Bruchteil der ursprünglichen Kaufkraft herabgedrückt. Diese Lohnpolitik ist verhängend gegenüber dieser Preisentwicklung. Etwas muß aber doch geschehen, um die große Not zu bannen. Bedenken wir: Die Ursache dieser Not ist die Preissteigerung. Demnach ist doch in erster Linie die Preissteigerung zu verhindern. Die Erklärung der Weltwirtschaftskrise hat bewiesen (durch starke Rückgang des Abfalls und der Erzeugung, steigende Arbeitslosigkeit usw.), daß ein Preisabbau gleichverderbliche Folgen hat.

Aus dieser Erkenntnis heraus scheint es (mit den Worten Gustav Schmollers sprechend) ferner jedenfalls der wünschenswerteste Zustand zu sein, daß der Geldwert gewahrt bleibe, daß weder ein allgemeines Steigen noch Fallen der Preise eintrete. In andre Worte gekleidet, heiße das: Unter Wahrung ist die dauernde Aufrechterhaltung eines bestimmten allgemeinen Preisstandes der Waren zu verstehen, die darin ihren Preis

genau mehrbaren Ausdruck findet, daß mit einer bestimmten Geldsumme (Lohn, Gehalt, Rente, Pension) heute, morgen, immer eine bestimmte Lebenshaltung bestritten werden kann. Wohlverstandene handelt es sich hier nicht um Festlegung der Preise einzelner Waren, sondern nur des Durchschnitts, so daß, wenn auch einzelne Preise fallen, andre dafür steigen. Darum auch ist die Festlegung des allgemeinen Preisstandes eine unbedingte Notwendigkeit, weil sie Rettung aus der Not ist. Als ehrlicher, suchender Mensch, als Sozialist, als Gewerkschaftler kann man es sich nicht versagen, auch alle die eventuell anwendbaren Mittel zur Behebung der Not zu prüfen, die nur den Schein der Möglichkeit zur Durchführung aufweisen.

Wie ist es nun bei der schon öfters erwähnten Geldwährung (seht, weil Festlegung des allgemeinen Preisstandes)? Ist da die Durchführbarkeit gegeben? Die bereinigte Qualitätslehre gibt uns die Mittel in die Hand, den allgemeinen Preisstand zu festigen. Die Anpassung der umlaufenden Geldmenge an die vorhandene Warenmenge unter der Voraussetzung, daß die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes generell ist, lehrt das mit der Geldverwaltung zu beauftragende Reichswährungsamt (in dem auch die Gewerkschaften, mit vertreten sein müssen) in die Lage, den Preisstand dauernd zu festigen. Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes kann durch ein unter Umlaufzwang befindliches Geld geregelt werden. Augenblicklich sind die Vorteile der Preisfestigung. Wir bekommen die vor allem notwendige wirtschaftliche Sicherheit. Es gibt kein andres Mittel mehr, die Preissteigerung zu bannen, als die Geldwährung! Wir alle, wir Arbeiter und unsere Führer, wir müssen es vermeiden, wieder zu Mitteln zu greifen, von denen wir ganz bestimmt wissen, daß sie nicht helfen können. Nicht länger geht es mehr, Mittel unbedacht zu lassen oder vielleicht ungeprüft abzulehnen, die durch Tatsachen schon den Beweis ihrer Nichtigkeit erbracht haben. Wer sich als Arbeiter bewußt ist, daß der einzelne sich heute nicht retten kann, wenn nicht das Ganze gerettet wird, der wird auch bereit sein, die Opfer zu bringen, die die Rettung von ihm erfordert. Die Macht der Arbeiter ist gewaltig, sobald zur Ausübung derselben eine einigende Basis vorhanden ist. Wir leiden gemeinsam, sollte denn die Kraft aller Ausgebeuteten nicht doch noch ausreichen, durchgreifende Maßnahmen zur Behebung der Not zu erzwingen, die uns an der Erreichung unsres Endziels, der Beseitigung jeglicher Ausbeutung, hindert? Ich glaube doch!

Nun denn, Arbeiter- und Gewerkschaftsführer, mehr als 12 Millionen Arbeiter vertrauen auf euch, daß ihr das uns Verderben rollende Rad herumreißt. Ihr habt durch uns die Macht dazu! Laßt euch darum nicht länger davon abhalten, die Geldwährung zu prüfen und dann, wenn ihr auf Hindernisse, damit wendet sie an! Von unsrem, bisherigen, Tun konnt ihr in vielen Fällen sagen: Streiket, ohne zu wirken! Kollegen, nun aber aber muß es heißen: Wirket, ohne zu streikten!

Chebnitz. Walter Matthes.

Wie eine Arbeitervertretung dem Staat und der Arbeiterchaft zu helfen gedenkt*

Ein erfolgreicher Valutas- und Effektenpekulant ergab mir unlängst, daß er seine Spekulationen einfach nach den Vorgängen in Österreich einrichte. Alles, was sich an Geldentwertung, Sachwertsteigerung, Inflation und Spekulation dort abgepielt habe, wiederhole sich getreulich in Deutschland. Und wenn nicht ein Wunder geschehe, werde auch die deutsche Mark bald auf den Stand hinabsinken, den die österreichische Krone bereits erreicht habe. Die Wiener Valutakurse vom 30. September aber bezeugen, daß der Schweizer Franken 439,75 Kr., der holländische 811,50 Kr., der Dollar 252,2 Kr. und das Pfund Sterling 9450 Kr. gall. Für die enorm entwertete deutsche Mark bekam man noch immer 21,78 Kr. Und da sollte uns der Absturz in dies abgründige österreichische Elend bevorstehen? Nun, seit ein paar Monaten haben wir ja eine Entwertung der Papiermark um gut hundert Prozent erlebt, und wenn es nicht gefügt, mittels durchgreifender Steuer- und Finanzmaßnahmen und einer internationalen Kreditoperation unsere Valuta zu stabilisieren, so ist das rasche Hinabgleiten auch unsres Geldwertes unvermeidlich. Denn auch für den Sturz der Valuta scheint ja das Gesetz der Schwere zu gelten, wonach die Geschwindigkeit des fallenden Körpers progressiv zunimmt.

Auf alle Fälle sollten nicht nur Schieber und Spekulanten aus der österreichischen Entwicklung profitieren, sondern auch Volkswirtschaftler und Politiker. Sie sollten vor allem lernen, daß es keinen größeren Fehler gibt, als die Geltung von dem kapitalistischen Regenerationsprozeß selbst zu erwarten. In Österreich hat die bürgerliche Regierung, die dort seit Jahresfrist das Szepter in der Hand hat, dem freien Spiel der kapitalistischen Kräfte ideen- und talentlos zugehakt und alles Heil von den verheißenen Auslandskrediten erwartet. Die Folgen waren nicht nur für die österreichische Valuta, sondern auch für die Arbeiter verhängnisvoll. So stark auch die Löhne liegen — die Preissteigerungen befehlen stets einen

* Dieser Artikel ist unter der Überschrift „Der Finanzplan der österreichischen Sozialdemokratie“ aus der Feder von Heinrich Ströbel in Nr. 41 der in Duisburg erscheinenden „Arbeiter- und Gewerkschaftszeitung“ (Herausgeber Bruno Sorchenbach, Delfstraße 6) erschienen. Wir haben das Nachdruckrecht erworben und bieten so Gelegenheit zu noch weiteren Betrachtungen, wie der Not des Volkes geneuer und der Schwierigkeit des Privatkapitals Einhalt geboten werden kann. Die Redaktion.

welken Vorprung, so daß die Kaufkraft der österreichischen Arbeiterlöhne heute kaum halb so groß ist als vor dem Kriege. Diese ungeheure Entwicklung hat das österreichische Proletariat veranlaßt, durch seine politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Spitzenorganisationen einen Finanzplan ausarbeiten zu lassen, der nunmehr der Regierung vorgelegt wird.

Dieser Finanzplan verdient auch in Deutschland Beachtung, da ja unsre Wirtschafts- und Finanzschmerzen im Grunde die gleichen sind. Auch bei uns hat die Papiermark ja nur noch den Wert von zwei bis drei Goldpfennigen, und die Senkung des Reallohns ist trotz Steigerung des Papierlohns, wenn auch nicht ganz so schlimm, so doch bereits ebenso unerkennbar wie in Österreich. Wenn wir statt Krone Mark sagen, so schildert folgende Charakteristik der Geld- und Wirtschafts-entwertung auch haarscharf unsre deutschen Zustände:

Die fortschreitende Geldentwertung entwertet die Lohnkrone in der Hand des Arbeiters und der Angestellten. Sie verelendet die öffentlichen Angestellten, die Intelligenz, die kleinen Rentner. Sie zerstört das Betriebskapital der Industrie. Sie macht die ganze Volkswirtschaft zum Spielball der Spekulation.

Wohl hat die Geldentwertung zunächst unsrer Industrie einen guten Geldzinsgang gebracht und damit auch der Arbeiterchaft die Erwerbung höherer Geldlöhne ermöglicht. Aber je stärker die internationale Industriekrise auch auf unsre Volkswirtschaft einwirkt, je mehr sich das Ausland gegen unsre wollebenen Exporte durch Schutzzölle absperrt und je weniger das Betriebskapital unsrer Industrie den in Folge der Geldentwertung gewaltig steigenden Erfordernissen zu genügen vermag, desto schwerer wird es, Lohnsteigerungen durchzuführen, die die Arbeiterchaft für die Verteuerung der Lebensmittel entschädigen, desto größer wird die Gefahr fortschreitender Verelendung der Arbeitermassen.

Welche Heilmittel enthält nun der Finanzplan unsrer österreichischen Genossen? Zunächst fordert er die Sanierung der zerrütteten Staatsfinanzen durch eine Vermögensabgabe großen Stils. Die frühere Vermögensabgabe sei durch die rapide Geldentwertung zu einer Farce geworden, da der an dem Steuerzuschlag ermittelte und in Kronen ausgedrückte Betrag heute längst nicht mehr den steuerlichen Erfassungsbefehl der Gesetzgeber entspricht. Deshalb müsse jetzt ein prozentualer Zuschlag zu der nach dem Gesetze zu leistenden Abgabe erhoben werden, der die Höhe der Abgabe dem gelinkten Geldwerte anpasse. Dieser Zuschlag soll von allen abgabepflichtigen Personen sowie von allen physischen Personen entrichtet werden, deren abgabepflichtiges Reinerlösmoß mehr als 500000 Kr. beträgt. Diese Abgabe soll in ähnlicher Form geleistet werden, wie sie unser Reichswirtschaftsministerium für die Erfassung der Sachwerte gefordert hat; die Aktiengesellschaften haben den Zuschlag auf Verlangen des Finanzministers in Form von Grafenaktien zu entrichten, die der Staat je nach Bedarf durch Verkauf oder Verpfändung verwerten kann. Die Eigentümer lands- und forstwirtschaftlicher Grundstücke sollen den Zuschlag durch Einräumung einer Hypothek entrichten können, die Hypotheken sollen dann durch Ausgabe von Pfandbriefen in eine staatliche Einnahmequelle verwandelt werden können, sobald ein Stillstand der Geldentwertung eingetreten ist. Auch der österreichische Finanzplan des Proletariats schlägt also eine Erfassung der Goldwerte vor, um das Staatsdefizit zu stopfen und das Sinken der Valuta einzudämmen.

Um die Land- und Forstwirtschaft, die zum Staatshaushalt bisher unverhältnismäßig wenig beigetragen habe, gebührend heranzuziehen, erklärt der Finanzplan die Erhöhung der Grundsteuer auf das Hundertfache ihrer Friedenshöhe für erforderlich. Die Steuer werde dann noch immer eine nur sehr unvollständige Anpassung an die Geldentwertung darstellen und immer noch einen kleineren Teil des Bruttoertrags erlassen als im Frieden. Immerhin habe eine solche lineare Steuererhöhung auch ihre nützlichen Folgen, so daß die Erhebung der Grundsteuer durch eine progressive Umlagerungssteuer, die mit einer Steuer vom gemeinen Wert der Liegenschaften zu verbinden wäre, eine weit rationellere Besteuerung der Landwirtschaft sein werde. Sie würde vor allem auch eine Schonung des kleinen und eine stärkere Heranziehung des großen Besitzes ermöglichen. Die legislativen Vorarbeiten für eine solche Form der Bodenbesteuerung seien deshalb schleunigst in Angriff zu nehmen.

Zur Besserung der Industrie empfiehlt der Finanzplan die Organisierung der einzelnen Zweige der Industrie zu Industrieverbänden. An die Spitze jedes Industriezweiges soll ein Verwaltungsausschuss treten, der sich zu gleichen Teilen aus Vertretern der Unternehmer, der Arbeiter und Angestellten des Industriezweiges und aus Vertretern der Verbraucher seiner Produkte zusammensetzt. Diese Industrieverbände sollen die ihnen vom Staat auferlegte Gesamtsteuer auf die Einzelunternehmungen umlegen. Großbanken und Handel wären in ähnlicher Weise zu organisieren und zur Steuerleistung heranzuziehen. Auch Kleingewerbe und Kleinhandel sollen dergestalt zu Steuerleistungen zusammengeschlossen werden, wobei die Genossenschaften als Grundlage dienen sollen. Die Schaffung solcher Industrieverbände und genossenschaftlichen Körperschaften wird in dieser Weise begründet:

Die hier vorgeschlagene Besteuerungsmethode hat grobe Vorzüge. Erstens erspart sie den Steuerbehörden neue Aufgaben, dem Staate neue Veranlagungen, Kontrollen und Einhebungskosten. Zweitens ermöglicht sie die Anpassung der Besteuerung an die besonderen Verhältnisse der einzelnen Industrien. Die einzelnen Industrieverbände werden die Steuern nach ihrem Gut-

danken in verschiedener Weise aufbringen können; durch diese individualisierende Behandlung jedes einzelnen Industriezweiges wird es ermöglicht werden, zu verstehen, daß die Mehrbesteuerung volkswirtschaftlich schädlich wirke, daß sie insbesondere die Ausfuhr gefährde. Schließlich werden die Industrieverbände, sobald sie einmal als Steuerorganisationen in Wirklichkeit auftreten, sehr bald auch andre Funktionen sozialer, wirtschaftlicher und sozialpolitischer Natur übernehmen können. . . .

Auch dieser Vorschlag berührt sich eng mit verwandten Bestrebungen in Deutschland. Auch Wiffel, Striemer und andre haben ja für ihre Planwirtschaft ähnliche Organisationen vorgelesen, denen gleichfalls die Steuerverteilung und Steuerausbringung vorbehalten bleiben soll. Es ist interessant, daß die führenden Köpfe der geistig sehr regen österreichischen Sozialdemokratie zur offiziellen Propagierung von Ideen gekommen sind, die man in Deutschland aus mangelnder Erkenntnis der Wirtschaftsbedürfnisse noch sehr von oben herab abtut.

Die Steuereinnahmen sollen weiter durch Schaffung staatlicher Monopole erhöht werden. Zunächst durch Monopolisierung des Großhandels mit Spiritus, Petroleum und der Zinnoberproduktion. Dadurch sollen dem Staat Einnahmen zugeführt werden, ohne die Verbraucher durch hohe Preise zu belasten. Am eine solche Preis- und Betriebspolitik zu ermöglichen, sollen die Monopole als gemeinwirtschaftliche Anstalten organisiert werden, die von der bürokratischen Staatsverwaltung völlig zu trennen und von Kaufleuten unter der Kontrolle von Verwaltungsausschüssen zu leiten sind, die aus Vertretern des Staates, der Verbraucherorganisationen und der Arbeiter und Angestellten der Monopolbetriebe zu bilden sind. Auch die übrigen Staatsbetriebe, Eisenbahnen, Post, Domänen usw., sollen in ähnlicher Weise organisiert werden. Die gemeinwirtschaftliche Planwirtschaft findet also in diesem Programm ihre Ergänzung durch sozialistische Betriebe etwa der Art, wie sie der Vorschlag Lederer für den Kohlenbergbau in Deutschland forderte.

Der unvermeidliche Abbau der staatlichen Lebensmittelschüsse soll in einer Weise erfolgen, daß der Reallohn der Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht gekürzt wird. Die genannten Kategorien sollen deshalb die staatlich bewirtschafteten Lebensmittel zu unveränderten Preisen erhalten; die Mehrkosten sollen durch eine von den Unternehmern zu entrichtende Steuer gedeckt werden.

Als weiteres Mittel zur Behämpfung des Finanzelends und der Geldentwertung wird eine allgemeine Zwangsanleihe in Verbindung mit einer Notenabkämpfung empfohlen. Namentlich die Valuten, Devisen und ausländischen Effekten sollen durch die Zwangsanleihe erfaßt werden. Die Nichterfüllung dieser Abkämpfungspflicht soll durch strenge Strafen geahndet werden. Endlich rechnet auch der sozialistische Finanzplan auf die Erlangung von Auslandskrediten.

Von der Ausführung aller der aufgezählten Maßnahmen erhofft der Finanzplan eine Deckung der Staatsausgaben, eine Stabilisierung der Valuta. Damit wird aber auch nach der Auffassung der österreichischen Genossen eine Umstellung der industriellen Produktion notwendig. „Seit ist unsre industrielle Produktion auf den Export eingestellt, der durch die Geldentwertung gefördert wird. Dagegen ist die industrielle Produktion für den Staatsbedarf eingeschränkt, weil die Finanznot den Staat zwingt, alle noch so notwendigen Investitionen aufzuschieben, und ebenso ruhen der Häuserbau und die ihm dienende Produktion. . . . Kommt die Periode der Geldentwertung zu Ende, so verliert die Industrie die in der Geldentwertung liegende Exportprämie; unsre Exportindustrie wird dann jedenfalls eine Einschränkung erfahren. . . . Diese unvermeidliche Umstellung eines Teiles unsrer Produktion vom Export auf die Befriedigung unbefriedigt gebliebenen heimischen Bedarfs muß rechtzeitig vorbereitet werden.“

So ist der Finanzplan der politischen und Wirtschaftsorganisationen Österreichs ein wohlbedachtes, organisch gegliedertes Ganzes. Sicher vermag nur eine Finanz- und Wirtschaftspolitik, die sich in diesen Bahnen bewegt, Österreich aus der furchtbaren Wirtschaftskrise zu retten. Aber Österreichs Sorgen sind auch unsre Sorgen, und deshalb können auch wir aus den österreichischen Vorschlägen vieles für uns selbst verwerthen!

Literarisches

„Soldatenlieder. Die erböste Front.“ Eine Anthologie in Berlin von Erich Kuttner. Preis 3 Mk. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68.

„Geschichtliche Erzählung in der Familie.“ Von Dr. Julian Marcuse. Ein unentbehrlicher Wegweiser, der in keiner Arbeiterfamilie fehlen sollte. Neuausgabe. Preis 2 Mk. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68.

„Die Frauen aus dem Alten Staden Nr. 17.“ Von Henri Vogmann. Eine drastisch und fesselnd geschriebene Geschichte aus dem Frauenleben im Proletariat vor der ersten Kriegsjahre, die gewertet sein mag weniger als Erzählung von Einzelschicksalen, sondern als soziale Studie einer Zeit, die nur in heldischer Verklärung ganz entgegensteht von Barbare und Grausamer, verherbercht werden. Wer die Dunkelheiten im Leben der Frauen während des Krieges begreift, dem wird manche Gegenwärtigkeit verständlich werden. Preis gebunden 12,50 Mk. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68.

„Der Frauen Kampf.“ Ein literarisch gut bearbeitetes, illustriertes Jahrbuch mit Anhang für Arbeiterinnen und -kinder. 1922. Herausgegeben von Wilhelmine Käppler. Das Buch birgt eine Fülle von Unterhaltung und Belehrung und sollte daher in keinem Arbeiterhaushalt fehlen. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Durch die Organisationen bezogen billiger. Verlag Hamburg-Brückendruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co., Hamburg, Gebländstraße 11.